Nachmittags-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Vierundsiebzigster Jahrgang.

Nr. 30. Mittwoch, 18. Januar 1871.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4; in Grätz bei Herrn L. Streisand; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Inserate 1½ Sgr. die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 17. Januar. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Pfarrer Ballhorn zu Oranienburg, dem Pfarrer Triebel zu Sylda im Mansfelder Gebirgskreise und dem Rechnungsrath und Kassirer Hanstein bei der Regierungs-Hauptkasse zu Stettin den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; den Tribunalsrath Dr. Küßner in Königsberg zum Ober-Tribunalsrath zu ernennen; und dem Regierungs- und Baurath v. Derschau zu Gumbinnen bei seiner bevorstehenden Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Geheimen Regierungsrath zu verleihen.

Der bisherige k. Kreisbaumeister Sachse zu Bitburg ist zum königl. Bauinspektor ernannt und demselben die Bauinspektorstelle in Wittlich (Regierungsbezirk Trier) verliehen worden.

Preußens Kirchenpolitik.

In dem diesjährigen Etat des Kultusministeriums befindet sich ein neuer Ausgabeposten für einen anzustellenden zweiten Schulrath im Regierungsbezirk Gumbinnen. Anscheinend hängt die Bewilligung oder Nichtbewilligung dieser Ausgabe allein von der Beantwortung der Frage ab, ob ein Bedürfniß für die Schaffung einer zweiten Schulrathstelle in Gumbinnen vorhanden sei. Indessen wurde bei der ersten Berathung über diesen Gegenstand das Bedürfniß nur wenig erörtert und bei der zweiten Berathung gar nicht. Hr. v. Kardorff von der freikonservativen Partei nahm in der Montagsitzung den Schulrath nur zum Vorwand, um auseinander zu setzen, daß er sich freuen würde, wenn Hr. v. Mühler sich Ruhe gönnen und das Ministerportefeuille niederlegen wollte; so vom Etat für einen neuen Schulrath beginnend, erhob sich die Debatte fortschwebend über die Verwaltung des Kultusministers, bis zur Charakteristik der ultramontanen Politik Preußens. Wenn das Glas voll ist, bedarf es nur eines Schulraths, um die Rede überfließend zu machen.

Aehnliche Szenen, welche mit ihrer Heftigkeit an die parlamentarischen Kämpfe während der Konfliktszeit erinnern, werden noch oft vorkommen, — so lange Hr. v. Mühler Kultusminister bleibt, oder sagen wir besser, so lange das gegenwärtige System der preußischen Kirchenpolitik in Kraft steht.

Dieses System hat die Tendenz, in jeder Religionsgemeinschaft die strengste Kirchlichkeit durchzuführen — mit Hilfe der Geistlichkeit, deren Macht deßhalb erweitert wird, während der Einfluß der Laien, welche leichter zum konfessionellen Frieden neigen, unterdrückt werden müsse.

Jenes System, dessen innerster Kern die Knechtschaft der Geister ist, lebt schon länger, als seit Herr v. Mühler die geistlichen Angelegenheiten leitet. Schon Stahl hing ihm ein scheinbar wissenschaftliches Mäntelchen um, das in dem Satz gipfelte, daß der preußische Staat ein christlicher sei und als solcher bewahrt werden müsse, — eine Behauptung, welche sich weder wissenschaftlich begründen, noch praktisch durchführen läßt; fällt es doch sogar der Türkei schwer, sich als konfessioneller Staat zu erhalten. Trotzdem! Herr von Mühler hält an diesem Systeme fest und Niemand hat es strenger durchzuführen versucht als er.

Der Kultusminister erwirbt sich dadurch die Gunst aller Derjenigen, welche die Gewissensfreiheit hassen, vor Allem das Wohlgefallen der Ultramontanen. Wir verstehen darunter nicht etwa alle Katholiken, sondern nur Diejenigen, welche in Rom nicht nur den Mittelpunkt ihrer Kirche, sondern auch das Zentrum ihrer Politik sehen, aus welchem sie die Motive und das Losungswort empfangen für ihr staatsbürgerliches Verhalten, dem sie, wenn sie zufällig in Baiern leben, den Namen „Patriotismus", in Preußen den Namen „Verfassungstreue" geben. Der Kultusminister gestattet ihnen die Herbeirufung religiöser Orden, die Vermehrung der Klöster und versagt Alles, was diesen Streitern der römischen Priesterherrschaft wirksam entgegentreten könnte: konfessionslose Schulen, Berufung freisinniger Lehrer an die Hochschulen, Zivilehe, Verleihung korporativer Rechte an die freien Gemeinden 2c.

Ob diese Nachgiebigkeit gegen die Ultramontanen noch im System des Hrn. v. Mühler liegt ist schwer zu sagen; sein orthodoxer Standpunkt, seine Familienverbindungen mit ultramontanen Adelsfamilien in Westphalen geben dieser Vermuthung viel Wahrscheinlichkeit, indessen so viel glauben wir mit Sicherheit annehmen zu können, daß die übrigen Mitglieder des Staatsministeriums, besonders Graf Bismarck, nicht durch religiöse Ueberzeugungen geleitet sind, indem sie den Ultramontanen mehr als die verfassungsmäßige Freiheit und eine Rücksicht gewähren, wie sie keine Religionsgesellschaft in Preußen genießt. Die preußische Regierung liebt allerdings nicht die Freiheit des Volkes, aber sie zieht es vor selbst die Freiheit zu beschränken und nicht einer selbstständigen Kirche etwas abzutreten. Hier sind politische Erwägungen maßgebend: Rücksichten auf den katholischen Klerus in Preußen, besonders in Posen, und Rücksichten auf die deutschen Ultramontanen außerhalb Preußens.

Ob Graf Bismarck oder Hr. v. Mühler diese Politik erfunden hat, ist schwer zu sagen. In dem einen wie in dem anderen Falle scheint sie uns, wie wir bereits früher darzuthun gesucht, falsch. Bis heut hat sie — selbst vom Standpunkte der Regierung aus — keinen Erfolg gehabt, sie wird auch keinen haben, denn sie geht von dem falschen Calcul aus, daß die Ultramontanen sich dankbar beweisen und zufrieden sein werden, bevor sie das letzte Ziel erreicht haben Diese römischen Agitatoren können nie zufriedengestellt werden, jedes Zugeständniß an sie hat nur die Folge, daß sie weitere Konzessionen verlangen bis Preußen nicht ein paritätischer sondern ein spezifisch katholischer Staat ist. Erst wenn Preußen das Wesen des Ultramontantismus angenommen haben würde, dürfte der Staat auf die Hingabe der Ultramontanen rechnen. Schon jetzt stellen sie, welche für Preußens verwundete Krieger und arme Landwehrfrauen nicht die Börse finden können, während sie Tausende von Peterspfennigen nach Rom senden, das Verlangen, das paritätische Preußen möge den Papst gegen einen katholischen König schützen. Diese Forderung ist widersinnig und keck, aber dreister noch ist die Behauptung, daß die 8 Millionen Katholiken Preußens dies verlangten und verlangen könnten. Niemand denkt daran als eine zelotische geistliche Partei, die trotz ihrer geringen Anzahl im Namen aller Katholiken spricht.

Wenn der ultramontane Klerus bereits heut solche Forderungen stellt, während es noch immer einige Gegenden giebt, wo keine Klöster stehen, was wird er in Jahren fordern, wenn er noch mächtiger geworden ist — durch Preußens Kirchenpolitik!

Keine Befürchtung! Herr v. Mühler bringt Rettung, indem er Streiter erzieht für die Geistesfreiheit. Es muß erst sehr schlimm werden, ehe Besserung kommt, und er bot das Schlimmste. Dadurch hat er den selbstgenügsamen Indifferentismus verscheucht und die Kraft des Streitens geübt. Es wird scharfe Kämpfe geben nicht nur in der Volksvertretung sondern im Volke selbst und die Regierung, selbst bedroht von den ultramontanen Uebergriffen und bemerkend, daß der Staat, in die religiösen Kämpfe hineingezogen, an Solidität verliert, wird sich mit der Zeit nicht der Einsicht verschließen können, daß sie ein erträgliches Nebeinanderleben der verschiedenen Konfessionen nur ermöglichen kann, indem sie den Staat gänzlich loslöst von den Kirchen, ihn konfessionslos macht.

Kriegsnachrichten.

Aus den Hauptquartieren in Versailles, 12. Januar, erhält der „Staatsanz." folgenden Bericht:

Ueber die (gestern erwähnte) Affaire von Le Val und Moulineaux sind noch folgende Details zur Anzeige gelangt. In Le Val, wo, die Feldwachen eingerechnet, etwa 180 Mann von den chasseurs de nuit postirt waren, setzte der Feind sich überhaupt nicht zur Wehre, sondern entfloh. Den unteren Theil des Dorfes Le Val durchzieht ein Eisenbahndamm, über den die Bahn der „rive gauche" von Paris nach Versailles führt. Diesen Damm überschritten die Fliehenden und warfen sich nach dem nächsten Orte jenseits desselben, Moulineaux. Die 87er, welche die französischen Vorposten von Le Val mit drei Zügen, also in bedeutend unterlegener Zahl, aufgestöbert hatten, erhielten erst Feuer, als sie ihrerseits über den Viadukt debouchirten. Dies hinderte sie nicht, auf das Dorf loszustürmen, dessen Eingang verbarrikadirt war. Die aus Le Val Entflohenen hatten Moulineaux eben erreicht und standen mit der dortigen Besatzung von wenigstens 100 Mann, im Ganzen also gegen 300, hinter der Barrikade. Obgleich das Dorf in Vertheidigungszustand gesetzt war, so hatten die französischen Truppen, als sie unsere Truppen andringen sahen, offenbar keine Lust zum Kampfe. Denn sie begnügten sich, eine einzige Charge abzugeben, wobei die schon gemeldeten Verluste unsererseits vorkamen. Nachdem dies geschehen, wiederholte sich die gewohnte Erscheinung: ein Theil der Franzosen warf seine Gewehre ab — sie waren vom Systeme Sniders — und die ganze Mannschaft lief davon. Die Preußen ließen sich Zeit, die Häuser von Moulineaux zu durchsuchen und die Speisen, welche die bei der Abendmahlzeit überraschten Franzosen am Heerde brodelnd zurückgelassen hatten — im Wesentlichen Pferdefleisch — der Merkwürdigkeit wegen als Beute davonzutragen. Man erfuhr bei dieser Attaque, daß der Kommandant im Fort Issy General Corréa ist.

Der gestrige siebente Tag der Beschießung (11. Januar) brachte an wichtigen Meldungen: Brand der Kasernen von Issy und Brand einiger Häuser innerhalb der Enceinte in der Richtung der Vorstädte Vaugirard und Gentilly, sowie im Nordosten von Paris. Die Verluste in den Batterien beliefen sich gestern auf etwa 20 Mann. Se. K. Hoh. der Kronprinz inspizirte Mittags, als die Kanonade besonders heftig war, die Batterien auf der Seite von Meudon.

In diesen Tagen ist eine Differenz zur Lösung gekommen, die seit längerer Zeit zwischen der preußischen Verwaltungsbehörde in Versailles und dem Munizipalrath der Stadt schwebte, und die auch in der deutschen Presse bereits mehrfach berührt worden ist. Schon im Oktober 1870 äußerte sich in der Stadt Versailles Mangel an verschiedenen der wichtigsten Lebensmittel. Einzelne Gegenstände wie Zucker, Kaffee, Butter stiegen auf einen Preis, der für die Bewohner der Stadt nicht minder empfindlich war, wie für die deutschen Truppen und die hier einquartierten Offiziere. Der Präfekt der Seine und der Oise, Landrath von Brauchitsch, der am 1. Oktober sein Amt angetreten hatte, bot dem Maire und den Vertretern der Stadt Sauf-Conduits an, die es französischen Unternehmern möglich gemacht hätten, theils das Departement zur Ansammlung von Provisionen zu bereisen, theils mit den besser versorgten Städten im Rücken der Armee, an den Eisenbahnstraßen, in Verbindung zu treten. Die Stadt ging darauf jedoch nicht ein, sondern verwies auf einen Artikel des französischen Code pénal, der Jeden, welcher dem Feinde hülfreiche Hand leiste, mit dem Tode bestraft. Inzwischen meldeten sich auf der Präfektur von Versailles deutsche Kaufleute aus den verschiedensten Gegenden unseres Vaterlandes, welche die Versorgung der Stadt übernehmen wollten. Ein solches Anerbieten war dankbar anzunehmen, besonders in Rücksicht auf die Armee; dann aber auch im Hinblick auf die Einwohner von Versailles. Die deutschen Kaufleute erschienen und sorgten für die ersten Bedürfnisse des Heerlagers. Um jedoch die Verproviantirung auch für die Folge sicher zu stellen, befahl der Präfekt dem Maire und dem Stadtrath, mit diesen Kaufleuten Verhandlungen anzuknüpfen. Dies geschah am 2. November. Die Herren vom Munizipium jedoch stellten dabei Bedingungen merkantiler Natur, die für die deutschen Lieferanten unannehmbar waren. Darauf ging der Präfekt am 16. November mit einer Ordre vor, welche dem Maire auftrug, auf die Anlage eines größeren Magazines, innerhalb 4 Wochen, Bedacht zu nehmen. Diese Maßregel war insofern für die Stadt günstig, als sie ihr hinsichtlich der Preisabschlüsse freie Hand ließ, und sie war auch in anderer Beziehung mehr als billig und gerecht, insofern sie nicht blos der okkupirenden Armee, sondern auch der Stadt und selbst dem Departement zu Gute kommen sollte. Denn man wußte, daß etwa 40,000 Einwohner des Distriktes von Seine und Oise sich nach Paris geflüchtet haben, von denen angenommen werden kann, daß sie nach der künftigen Uebergabe der Stadt die Ersten sein werden, die ihre Heimath wieder aufzusuchen wünschen. Außer den sonstigen Gründen sprachen demnach die des Ravitaillements (Warum sagt der Verfasser nicht „der frischen Zufuhr" oder „der neuen Proviantirung"? — Red. d. Pos. Z.) für die Annahme des von der preußischen Behörde gemachten Vorschlages. Die Stadt nahm die Aufforderung an, säumte dann aber nichtsdestoweniger, derselben Genüge zu thun. Auf eine Anfrage in den ersten Tagen des Dezember erhielt der Präfekt die Erwiederung, daß man im Begriff sei, die Kontrakte abzuschließen. Herr v. Brauchitsch verließ zu dieser Zeit Versailles, um seinen Sitz im norddeutschen Reichstag anzunehmen. Da in diesem Zwischenstadium ein unmittelbarer Druck auf den Munizipalrath fortfiel, ließ der Maire die Angelegenheit ruhen. Zurückgekehrt von Berlin, verlangte der Präfekt Bericht über den Stand der Dinge. Das Munizipium hatte die Dreistigkeit zu antworten, daß man auf dem Punkte stehe, die „Pourpalers" zu beendigen." Man war also, obwohl die Frist bereits verstrichen, noch nicht einmal über die Kontrakte einig geworden. Der preußische Beamte gab einen letzten Aufschub von 8 Tagen, und setzte eine Kontraventionsstrafe von 50,000 Frcs. fest. Als auch diese Zeit verging und die Utensilien des Magazins noch immer nicht herbeigeschafft waren, sollte das festgesetzte Strafgeld eingezogen werden. Die Stadt weigerte Zahlung. Es blieb nichts übrig, als den Maire und diejenigen Munizipalräthe, die Mitglieder der entsprechenden Kommission waren, drei an der Zahl, zu verhaften. Dadurch erst ist der Widerstand der Stadt gebrochen worden, die Verhafteten haben vor drei Tagen entlassen werden können, da Zahlung geleistet ist, und die von der preuß. Behörde verlangte Proviantirung wird nunmehr ausgeführt.

Wenn die Pariser sich wundern, daß das Bombardement verhältnißmäßig wenig Schaden im Innern von Paris anrichtet, so vergessen sie, daß es vor der Hand gar nicht auf eine Beschießung der Stadt selbst, sondern lediglich der Forts abgesehen ist, und diese verspüren die Wirkung der deutschen Geschosse in sehr nachdrücklicher Weise. Der militärische Berichterstatter der „Schles. Ztg." sagt darüber:

Nach dem, was sich aus englischen und österreichischen Berichten entnehmen läßt, sind den Forts Issy, Vanvres und Montrouge gegenüber an geeigneten Punkten je vier Batterien à 6 Vierundzwanzig-Pfünder etablirt, welche gleichzeitig als Breschbatterien und als Demontirbatterien (d. h. gegen Scharten und Geschütze) wirken. Seiner Zeit kann namentlich das Fort Issy auch von der Seite gefaßt werden. Gegen das Innere dieser Forts wirken drei mit je 2 schweren gezogenen Mörsern armirte Batterien, außerdem sind noch einige Batterien etablirt, deren Ziel die Stadt-Enceinte bei Point du jour, das Sevres gegenübergelegene befestigte Dorf Billancourt, die Kanonenboote auf der Seine und die Gürtelbahn bilden. Speziell gegen die Stadt wirkt, wie wir glauben, von Südwesten her nur eine einzige Batterie von 2 gezogenen Mörsern, so daß also von einem eigentlichen Bombardement zur Zeit kaum die Rede sein kann.

Auf dem östlichen Schauplatz bringt jeder Tag einen Angriff auf die deutschen Truppen. Doch wird es dem General Bourbaki schwerlich gelingen, einen Durchbruch durch die deutschen Linien zu bewerkstelligen und den beabsichtigten Entsatz von Belfort zu erzielen. Die letzte Nachricht datirt vom 16., an welchem Tage sein Angriff wiederum zurückgewiesen wurde. Eine Depesche des Generals Bourbaki aus Onans vom 13. d. meldet:

Die Ortschaften Arcey und St. Marie wurden weggenommen, ohne daß wir allzubeträchtliche Verluste erlitten haben. Auch gewinne ich noch Terrain; ich bin mit meinen Armeecorps-Kommandanten und den Truppen sehr zufrieden. In Bezug auf die Manövres habe ich den Feind zur Räumung von Dijon, Gray, Lure und Vesoul veranlaßt, von welchen Plätzen meine Eclaireurs Besitz ergriffen haben. Die Tage von Villersexel und Arcey machen der ersten Armee, welche seit 6 Wochen bei dem schrecklichsten Wetter zu operiren nicht aufgehört hat und trotz Kälte, Schnee und Glatteis beständig marschirte, alle Ehre.

Aus Bern wird der „Wes. Z." telegraphirt, daß am 15. Januar Croix und Delle von den Deutschen geräumt seien, und am 16. die Schlacht neuerdings begonnen habe. Brand rechts von Belfort. Furchtbare Kanonade.

Oberst Denfert, schreibt der „Niederrh. Kur.", der das Kommando in Belfort führt, hat den Kommandanten des Forts des Barres am Neujahrstage erschießen lassen. Man hatte Tags vorher einen Brief aufgefangen, der aus dem preußischen Hauptquartier kam und ersah aus demselben, daß in der Sylvesternacht das Fort des Barres, im Einverständniß mit dessen Kommandanten, von den Preußen überrumpelt werden sollte. Der Kommandant wurde verhaftet und gezwungen, die verabredeten Signale zu geben. Zum Empfang der Preußen wurden aber alle Vorbereitungen getroffen und dieselben, als sie erschienen, mit Kugeln überschüttet und mit starkem Verlust zum Rückzug gezwungen. (Diese Mittheilung bedarf der Bestätigung.)

Ueber die weiteren Operationen des Generals Faidherbe ist französischen Berichten Folgendes zu entnehmen: Eine Depesche aus Bapaume vom 14. meldet, daß die Franzosen, welche bekanntlich diese Stadt okkupirt haben, am genannten Tage, Morgens 8 Uhr, aufgebrochen sind, um nach dem 15 Kilometer entlegenen Albert zu marschiren. Faidherbe wollte mit den Truppen, welche er direkt befehligt, diesen Ort und Umgegend besetzen, während die Division Paulze d'Ivoy seinen rechten und die Division Favre seinen linken Flügel bilden würden. In Bapaume war die Division der Mobilisirten, welche General Robin befehligte, zurückgeblieben. Nach Berichten aus Lille hatte General Faidherbe in den letzten Tagen wieder Verstärkungen erhalten. Am 13. war noch ein Corps von 2000 Moblots, Mobilisirten und Franctireurs, sowie zwei Schwadronen Dragoner zu ihm gestoßen. Die Truppen, welche in Cherbourg organisirt wurden, sollen ebenfalls Faidherbe zugeführt werden, der von Gambetta den Befehl erhalten hat, mit allen Kräften vorzugehen. — Die Uebergabe von Peronne hat bekanntlich den General Faidherbe in solchen Zorn versetzt, daß er den Kommandanten dieser Festung, Garnier, vor ein Kriegsgericht gestellt hat. Garnier glaubt offenbar, daß er seine Pflicht vollständig erfüllt, da er nach der Kapitulation — er hat nämlich

seine Freiheit erlangt, nachdem er sein Ehrenwort gegeben, während dieses Krieges nicht mehr gegen Deutschland zu dienen — nach Lille kam und sich dort öffentlich zeigte. General Faidherbe stand am 3. Januar kaum 5 Stunden von Peronne, ohne daß es ihm gelang, dasselbe zu entsetzen; um so stärker scheint die Uebergabe seinen Aerger hervorgerufen zu haben. Nach den französischen Berichten war die Lage in Peronne der Art, daß Garnier vom Kriegsgerichte vollständig freigesprochen werden dürfte. Es heißt darin:

„Am 28. Dezbr. stellten die Preußen auf offenem Felde drei Batterien kühn auf, die eine auf dem Mont St. Quentin, eine bei der Maisonette, auf der Seite von Cléry, und eine auf der Straße nach Athies. Sie begannen sofort das Bombardement, ohne einen Schuß auf unsere Wälle zu thun. Das Hospital gerieth in Brand. Mehrere Geschütze der Preußen wurden am ersten Tage demontirt; sie ließen nun aber von La Fère Geschütze von großer Tragweite kommen, legten ungeachtet des Frostes Laufgräben an, um sich zu schützen, und stellten ihre Geschütze in so weiter Ferne auf, daß unsere Kanonen sie nicht mehr erreichen konnten. Die Bewohner flüchteten sich in die Kasematten, wo viele Frauen und Kinder in Folge der schlechten Luft und der Aufregung zu Grunde gingen; das feindliche Feuer tödtete jedoch nur fünf bis sechs Personen. Die Kapitulation wurde am 9. unterzeichnet, worauf die Offiziere mit ihren Burschen abzogen. Ungefähr 3400 Gefangene, wovon 750 vom 43. Linienregiment, 150 Seeleute und die übrigen Moblots und Mobilisirte der Somme und des Pas de Calais, fielen den Preußen in die Hände und wurden nach La Fère gebracht. Die Hälfte der Stadt, welche 4000 Einwohner zählt, ist abgebrannt und der übrige Theil sehr beschädigt.“

Nach einem anderen Berichte war es die verzweifelte Bevölkerung, welche die Militärbehörde bestimmte, ihre Zustimmung zu der Uebergabe zu geben. Die Verwüstung in Peronne ist groß. Die Kirche ist abgebrannt; das Hospital, die General-Einnehmerei, wo das baare Geld chmolz, und mehr als 50 Häuser bestehen nicht mehr. Die Seeleute, erzürnt, daß sie dem feindlichen Feuer nicht antworten konnten, zerbrachen ihre Waffen und vernagelten die Kanonen. General Faidherbe hat dann weiter am 14. folgende Depesche nach Lille gesandt:

„Albert, 14. Jan. Ab. Hauptquartier der Nordarmee. Die Avantgarde der Nordarmee ist gegen 1 Uhr in Albert angekommen. Sie setzt ihren Marsch morgen früh fort. Sie ist voll Begeisterung und gut verproviantirt. Eine mächtige Artillerie begleitet sie. Man erwartet einen sehr nahen Kampf. Der General Derojat okkupirt Achiet-le-grand mit einer Division Mobilen, Seeleuten und einer starken Artillerie. General Robin hält fortwährend Bapaume besetzt.

Aus Bergues (Nord-Departement) meldet man ebenfalls, daß die Nordarmee bedeutende Verstärkungen erhalten, darunter Dragoner und afrikanische Truppen, die in Dünkirchen gelandet wurden. — Die preußischen Gefangenen, welche bei Bapaume gemacht wurden, sollen nach Dünkirchen gebracht werden. (Am 15. machte Faidherbe Halt an der Somme.)

In Toulouse prahlt der frühere Journalist, jetzige „General“ Lissagaray in seinem „Journal du Camp“ mit seiner Thätigkeit. Er schätze das erste Kontingent, das Platz in den Baracken nehme, auf 50,000 Mann mobilisirter Legionen: von der oberen Garonne, den Pyrenäen, Tarn und Garonne, Tarn, Gers, Ariège und Aude 17 Legionen, 51 Bataillone, 351 Komp., 49,997 M., wozu die obere Garonne allein 10,317 Mann gestellt habe, die Intendantur, der Stab, der Medizinaldienst und das Geniewesen hätten von ihm Weisung, den Journalisten ihre Register und Bücher zu zeigen, denn die Beamten der Republikaner müßten in einem Glashause wohnen; als Muster stellt er den Präfekten des Aude-Departements hin, „denn er zog sich auf die Dachkammer der Präfektur zurück und überließ den Arbeitern aller Art die offiziellen Salons in Le Mans so wie die Werkstätten und Magazine des Departements.“

Nach einer Nachricht aus London vom 14. Januar ging der Prinz von Joinville nach Le Mans und bot dem General Chanzy seine Dienste an, welche Gambetta jedoch mit größter Entschiedenheit zurückwies. Seitdem soll der Prinz über St. Malo aus Frankreich ausgewiesen worden sein.

Der „Courier de Lyon“ brachte einen Artikel über die Stimmung von einem Theile der Bevölkerung der Vorstadt La Croix-Rousse, in welchem berichtet wird, daß die Führer der Rothen in dem Momente, wo der Zug nach dem Stadthause verabredet wurde, der zu der scheußlichen Hinrichtung führte, eine allgemeine Plünderung vorhatten:

„Gewisse Mitglieder der Internationale, welche den geheimen Sitzungen beigewohnt, in welchen das Endziel der Revolution erörtert wurde, zogen sich entsetzt zurück! diese Enthüllung ernüchterte sie und bewog sie, sich zurückzuziehen; sie hielten es aber gerathen, ihre Freunde zu bitten, ihre Werthgegenstände aller Art in Sicherheit zu bringen. Arbeiter versteckten ihr Weißzeug und die Kleider ihrer Frauen in der Ueberzeugung, daß die Plünderung eine allgemeine und Niemand, der noch etwas habe, verschont bleiben werde. Wir wiederholen, daß diese Thatsachen unbestreitbar sind. Wir wissen zugleich, daß in anderen Stadttheilen Proskriptionslisten ohne zu große Geheimhaltung aufgesetzt worden waren.“

So der „Courrier de Lyon“; und Gambetta hat diesem Gesindel noch geschmeichelt, indem er die rothe Fahne auf dem Stadthause trotz der Bitten der anständigeren Republikaner Lyons aufrecht erhielt!

Deutschland.

△ **Berlin**, 17. Jan. Die Berufung des Hausministers Frh. v. Schleinitz ins königliche Hauptquartier erfolgte so unerwartet und mußte die Reise nach Versailles so schleunig angetreten werden, daß sie zu den verschiedensten Gerüchten Veranlassung gegeben hat. Wie weit dieselben begründet sind, wird abzuwarten sein, indeß tritt eine Vermuthung mit solcher Zuversichtlichkeit auf, daß sie erwähnt zu werden verdient. Danach wäre schon in den nächsten Tagen, vielleicht schon morgen, als am Krönungstage, von Versailles aus die feierliche Proklamirung des deutschen Reiches und eine Kundgebung des Königs hinsichtlich der Annahme des Kaisertitels zu erwarten. — In der Angelegenheit der versenkten englischen Schiffe hat, wie schon bekannt, ein Depeschenwechsel zwischen der norddeutschen Bundesregierung und dem britischen Kabinet stattgefunden, welcher die Angelegenheit in einer für beide Theile befriedigenden Weise erledigt hat. Den Schluß dieser Depeschen bildet eine neuerdings eingetroffene Eröffnung, in welcher Lord Granville sich nicht nur von der Behandlung, welche die Angelegenheit auf deutscher Seite erfahren, völlig befriedigt erklärt, sondern auch die Ueberzeugung ausspricht, daß die Verhandlungen zur Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England dienen werden. — Aus militärischen Kreisen erfährt man, daß die Beschießung von Paris nunmehr eine weitere Ausdehnung erhalten soll. Da die bisherige Beschießung eine großartige Auswanderung der Bevölkerung vom linken Seineufer hervorgerufen hat, so wird jetzt die artilleristische Operation auch auf das rechte Ufer der Seine ausgedehnt werden. — Der k. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte hat erkannt, daß die Mahlsteuer zu den allgemeinen Abgaben gehört, denen sämmtliche Einwohner in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften unterworfen sind, und es kann daher über die Verbindlichkeit zur Entrichtung derselben ein Rechtsverfahren nicht zugelassen werden. Die Berufung auf Handelsverträge mit anderen Staaten ist kein Befreiungsgrund für den Einzelnen und es ist deshalb auch über diesen Einwand der Rechtsweg unzulässig.

♋ **Berlin**, 17. Jan. Die heute eingetroffenen Kriegsnachrichten haben hier eine ziemlich erregte Stimmung hervorgerufen; nicht daß die verhältnißmäßig doch nicht zu hohen, wenn auch noch so schmerzlichen Opfer der sechstägigen Kämpfe und Siege gegen Chanzy beunruhigten, allein die Nachricht, daß Bourbaki sich Montbéliards bemächtigt und das Entbrennen neuer heftiger Kämpfe zwischen jenem feindlichen Führer und dem Werderschen Corps haben bedenklich gemacht und mit äußerster Spannung sieht man dem Eintreffen weiterer Nachrichten entgegen, die man inzwischen bis zum Abend vergeblich erwartete. In militärischen Kreisen warnt man vor Befürchtungen, selbst für den Fall eines möglichen vorübergehenden Erfolges Bourbakis, da in wenigen Tagen das 2 und 7. Corps demselben unbedenklich ein gleiches Loos bereiten würden, wie es der stolzen Loire-Armee nach dem „Siege bei Orleans“ gegen v. d. Tann zu Theil geworden. — Uebrigens werden die Truppensendungen nach dem östlichen Frankreich unausgesetzt fortgeführt. Es hängt damit die Entsendung der neugebildeten Garnison-Bataillone, die zuerst für Berlin bestimmt waren, nach Mainz und Coblenz ꝛc. zusammen, um die dortigen zur Bewachung der Gefangenen verwendeten Truppen für anderweite Verwendung in den okkupirten französischen Landestheilen frei zu machen. — Die heut erfolgte Einbringung neuer Vorlagen in das Abgeordnetenhaus hat die Dispositionen über eine zeitweise Aussetzung der Plenarberathungen doch wohl in Etwas verändert, oder wird die beabsichtigte Pause verkürzen müssen, will man auch nur bis zum 8. Februar die Session zum Schluß bringen und man wird diesen Termin schon wegen der einfallenden Reichstagswahlen wohl festhalten wollen. In letzterer Beziehung bestätigt heute eine offiziöse Meldung der „N. Pr. Z.“ meine an dieser Stelle ausgesprochene Anzweifelung des Gerüchts von einer Vertagung jener Wahlen bis zum Frühjahr, daß eine dahin gehende Absicht der Regierung vorhanden wäre, ist uns übrigens nicht bekannt geworden. — In der Fraktion der Fortschrittspartei beschäftigt man sich bereits mit dem Armenpflege-Gesetz um vorläufig jene Gesichtspunkte festzustellen, in denen sich die Fraktion mit der Vorlage einverstanden erklären möchte. Die Anbahnung einer Gemeinde-Ordnung und die Formation der Sammtgemeinden wie sie in gewisser Beziehung sich in dem Entwurfe darstellt, finden auf der ganzen liberalen Seite des Hauses lebhaften Anklang. — Große Sensation hat der Gambetta'sche Erlaß hervorgerufen, welcher nun — — die brave so lange verkannte Welfen-Legion aus der Heimath der Gums und Turkos auf das Feld der Ehre gegen Deutschland ruft. Was sagen denn nun unsere Welfen, welche alle Angaben über die Legion für Uebertreibung ausgaben.

□ **Berlin**, 17. Jan. [Luxemburg Zur Entente zwischen Preußen und Oesterreich. Eichholz †. Graf Schwerin.] Aus Luxemburg vom 15. Jan. wird gemeldet: „Das Gerücht ist verbreitet,“ daß ein höherer Offizier, Träger eines Handschreibens des Königs von Preußen an den Prinzen Heinrich, von Versailles dort angekommen ist.“ — Die „Luxemb. Z.“ schreibt: „Wie man sich gestern in die Ohren raunte, ist die Antwort des Grafen Bismarck auf die Servais'sche Note eingetroffen. Ueber deren Inhalt haben wir indessen nicht viel erfahren können. Sie soll einen beruhigenden Eindruck hervorrufen. Man versichert, der Bundeskanzler trage gleichzeitig auf Ernennung eines norddeutschen Konsuls in Luxemburg an, der als Vermittler zwischen den beiden Regierungen aufzutreten hätte. Diesem Antrage wird unsere Regierung wohl keine Schwierigkeiten entgegenzusetzen haben.“ — Wie der „Pester Lloyd erfährt, wird der norddeutsche Gesandte in Wien, General v. Schweinitz, sich demnächst nach Versailles oder wenn sich die (nach der Kapitulation von Paris angeblich bevorstehende) Rückkehr des Königs nach Berlin bestätigen sollte, dorthin begeben. Offenbar hängt diese Reise mit dem freundschaftlichen Meinungs-Austausche der letzten Zeit zusammen. Das „Dresd. J.“, welches häufig aus Wien Korrespondenzen erhält, die von der Reichskanzlei inspirirt scheinen, bemerkt in einer solchen über die Besserung der Beziehungen:

„Die Annäherung, welche sich vollzieht, ist kein plötzlicher Einfall, keine Rakete, die einen Augenblick aufflammt und verpufft. Wie der Nachtrag zu unserem Rothbuche darthut, waren die dazu führenden Schritte wohl überlegt und durch Eröffnungen von beiden Seiten eingeleitet. Es ist daher auch nicht daran zu denken, daß eine rasche Wandlung der Absichten an den höchsten Stellen in Versailles und Wien eintreten könne, vielmehr nehmen die Bemühungen, zu einer festen Verständigung zu gelangen, von beiden Seiten ihren ruhigen Fortgang . . . Oesterreich und Ungarn hat dem neuen deutschen Reiche bei dessen Geburt zwei wichtige Pathengeschenke gemacht: seine strikte Neutralität und den IV. Artikel des Prager Friedens. Jetzt ist es an der andern Seite, uns Beweise zu geben, daß auch unsere Wohlfahrt dem deutschen Kaiserreiche nicht gleichgiltig sei, und dazu wird die bevorstehende Londoner Konferenz Gelegenheit bieten. Was für Oesterreich und Ungarn vortheilhaft ist, thut Deutschland keinen Abbruch. Im Gegentheil ist ja die Donau auch ein deutscher Strom, und freie Schifffahrt auf demselben und ins Meer ist auch ein deutsches Interesse. Es wird überhaupt keinem Theile schwerfallen, für das einzutreten, was ihm nicht schadet und dem andern nützlich ist. Auf dieser Basis kann die dauernde Eintracht und die Gemeinsamkeit im Handeln ruhen.“ —

Einer von den auf Befehl des Generals Vogel von Falkenstein in Fort Herzogsacker in Königsberg internirten Hannoveraner ist nun den Folgen seiner Einkerkerung erlegen. Am 14. Januar starb in Hannover nach langen Leiden der ehemalige Redakteur der durch den Generalgouverneur unterdrückten „Deutschen Volksztg.“ Dr. Ehrenreich Eichholtz. Durch die lange Haft in der Kronprinzenkaserne wurde die Gesundheit des seit Jahren kränklichen Mannes so geschwächt, daß er schon damals, wie er sich in einem Briefe an einen Freund äußerte, fürchtete, „falls der Generalgouverneur seine Absicht durchsetzte, seine Freilassung nicht zu erleben.“ Eichholtz, der dem Reichstag als Abgeordneter eines hannoverschen Wahlbezirks angehörte, besaß in Berlin viele Freunde aus früherer Zeit. Er gehörte zu den Gründern des berliner Handwerkervereins und war mehrere Jahre hindurch Mitarbeiter der „Nationalztg.“ Von hier siedelte er in den funfziger Jahren als Redakteur der „Zeitung für Norddeutschland“ nach Hannover über und erwarb sich auch dort wegen der Reinheit seines Charakters und der Ausdauer, mit welcher er während der schlimmsten Redaktionszeit die liberalen Interessen verfocht, die allgemeinste Anerkennung. Leider ließ sich Eichholtz nach der Annexion von 1866 in eine Verbindung mit der welfischen Partei ein, aber auch während dieser Zeit erfreute er sich für seine Person der Achtung auch der politischen Gegner, da diese wußten, daß der vielverfolgte Mann nur aus Ueberzeugung und nicht etwa aus selbstsüchtigen Motiven jene Verbindung eingegangen war. — Graf Schwerin-Putzar, der langjährige Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, unter dem liberalen Ministerium Minister des Innern und gegenwärtig Mitglied des berliner Magistrats, ist so erheblich erkrankt, daß er schwerlich ferner der parlamentarischen Thätigkeit wird obliegen können. Der Verlust eines besonders hoffnungsvollen Sohnes, der in diesem Kriege gefallen ist und von dessen staatsmännischer Laufbahn für die Zukunft man sich allseitig viel versprach, hat den so verdienten Mann tief niedergebeugt. Seine Freunde hoffen auf eine Hebung der Krankheit mit Eintritt der wärmeren Jahreszeit.

Ω **Berlin**, 17. Januar. [Die Landwehr der süddeutschen Staaten. Die Truppenmacht Deutschlands. Vorzug der deutschen Artillerie vor der französischen.] Nach zuverlässigen süddeutschen Mittheilungen befanden sich Ende Dezember bereits 6 bairische und 4 badische Landwehr-Bataillone auf französischem Boden verwendet. Für beide Staaten waren indeß noch fernere bedeutende Nachsendungen von Landwehrtruppen für den gegenwärtigen Monat in Aussicht gestellt, und ist von dem Eintreffen mehrerer badischen Landwehr-Bataillone im Elsaß bereits auch berichtet worden. Da die badische Landwehr erst eine thatsächlich mit dem Beginn des Krieges ausgeführte Truppenformation ist, bleibt anzunehmen, daß dieselbe zunächst nur zum Ersatz der bisher in den okkupirten französischen Landestheilen und namentlich im oberen und unteren Elsaß als Garnisontruppen benützten preußischen Landwehren bestimmt sein dürfte, und daß diese letztere nunmehr wahrscheinlich weiter vorgeschoben, resp. aktiv verwendet werden. Von den 32. bairischen Landwehr-Bataillonen sind hingegen bereits 1869, 16 zu Uebungszwecken aufgeboten worden, und konnte die Formation dieser Landwehrtruppen bereits bei Eröffnung des Krieges als vollkommen abgeschlossen angesehen werden. Ueber den Formationsstand der würtembergischen Landwehr, verlautet noch nichts Näheres, dagegen wurde aus Sachsen bereits Anfang Dezember v. J. berichtet, daß die neuen sächsischen Landwehren demnächst zur Verwendung bereit stehen würden. Die hessische Landwehr durfte als mit den neuerrichteten preußischen Landwehrtruppen auf dem gleichen Fuß stehend angenommen werden, und da diese sämmtlich aufgeboten und großentheils bereits aktiv verwendet worden sind, vermag dasselbe wohl auch für die 6 hessischen Bataillone angenommen zu werden. Speziell berechneten sich die Landwehrkräfte der angeführten süd- und norddeutschen Staaten vor dem Kriege auf 32 bairische, 10 würtembergische, ebensoviele badische, 6 hessische und 17 sächsische, oder zusammen 75 Bataillone, doch erhellt nicht, ob seitdem etwa noch eine Erweiterung dieser Aufstellung stattgefunden hat, was möglich wäre, da mit Ausnahme von Sachsen und Hessen die drei anderen Staaten noch sämmtlich in ihrer Landwehraufstellung hinter den hierfür von der norddeutschen Wehrverfassung bestimmten Etatszahlen um je zwei Bataillone zurückstehen. Mit Abrechnung der nöthigen Festungsbesatzungen würden von diesen Staaten zwischen 40—50 Bataillone nach Frankreich entsendet werden können, womit das Garnisonbedürfniß bis zu der Westgrenze der Champagne als vollkommen gedeckt angesehen zu werden vermag, und mindestens drei preußische Landwehr-Divisionen als für die Aktivverwendung frei geworden erachtet werden dürften. Die preußisch-norddeutsche Landwehr endlich würde bei ihrem vollen Aufgebot und ihrer Hinzuziehung zu den Kriegsoperationen ihrer Zusammensetzung und ihren Etatszahlen nach 12 sehr starken Divisionen entsprechen, was einer Verstärkung um sechs Armeecorps gleich käme, und womit die diesseitige Truppenmacht sich bis zu 24 Armeecorps angewachsen erweisen würde. — Zu den mannigfachen Vorzügen, welche die deutschen Kriegsvorbereitungen in dem gegenwärtigen Kriege schon über die französischen ausgewiesen haben, ist vor Paris, und theilweise bereits auch schon vor den anderen bisher belagerten Festungen noch der Vortheil der nach allen Beziehungen weit den Geschossen der französischen schweren Geschütze überlegenen deutschen Geschoßwirkung hinzugetreten. Es handelt sich hierbei vorzugsweise um die Geschosse der schweren Marinegeschütze und gezogenen Mörser, für welche bekanntlich norddeutscherseits in den letztverflossenen Jahren die umfassendsten und von den günstigsten Erfolgen begleiteten Versuche stattgefunden haben. Es besitzt die deutsche Artillerie für diese Geschütze einmal die vortrefflichen Grüsonschen Hartguß-, wie für gewisse Zwecke noch die Kruppschen Gußstahlgeschosse. Der Unterschied zwischen der deutschen und französischen Geschoßwirkung beruht aber darin, daß bei den deutschen Geschossen immer erst die Explosion mit dem Durchschlagen des genommenen Ziels, oder mindestens doch dem tiefen Eindringen in dasselbe erfolgt, während die französischen Geschosse gewöhnlich mit dem Moment des Einschlagens in ein festes Ziel schon in Atome zersplittern. Die neuesten Berichte aus Paris liefern in den angeführten einzelnen Fällen die Beweise für die Eindringungsfähigkeit und Durchschlagskraft der deutschen Geschosse. Ein fernerer Vorzug beruht für die deutsche Artillerie noch in der großen Vervollkommnung des indirekten Schusses, für welche die 1861 mit dem großen Festungsmanöver von Jülich eröffneten Versuche eine vortreffliche Schule gewesen sind, und auf welche Vervollkommnung die schnelle Bewältigung schon so vieler französischen Festungen vorzugsweise zugeführt werden muß. Die Aussicht, dieser furchtbaren Artilleriewirkung zu widerstehen, darf deshalb gewiß auch für Paris nur als sehr gering, wo überhaupt noch als vorhanden angesehen werden, und besitzen namentlich die Forts Issy. Vanvres und Montrouge sowohl in ihrer den diesseitigen Batterien gegenüber durchaus ungünstigen Lage, wie in ihrer Bauausführung viel zu große Schwächen, um, wenn nicht ganz unvorhergesehene Umstände eintreten sollten, in ihrem Widerstande auch nur die gegenwärtige Woche noch überdauern zu können.

— Die nachstehende Bekanntmachung des dänischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, d. d. 13. Januar, bestätigt, daß die Regierung des Norddeutschen Bundes jetzt Repressalien zur See zu nehmen entschlossen ist:

„Unter dem heutigen Tage hat der hiesige Gesandte des Norddeutschen Bundes dem Ministerium die offizielle Mittheilung gemacht, daß seine Regierung sich genöthigt gesehen habe, die bei Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und Frankreich von deutscher Seite abgegebene Erklärung, daß französische Handelsschiffe, die keine Kriegskontrebande am Bord haben,

nicht aufgebracht werden sollen, zurückzunehmen. In Erwägung indessen, daß neutrale Güter, im Vertrauen auf obenerwähnte Erklärung in französischen Schiffen verladen sein können, wird die jetzt getroffene Bestimmung betreffend die Aufbringung französischer Schiffe erst nach Ablauf von 4 Wochen, vom 12. d. M. an gerechnet, in Kraft treten. Das Vorstehende wird hiermit zur öffentlichen Kunde gebracht."

Eine zweite, indirekte Bestätigung ist durch den Passus der neuesten Zirkularnote des Grafen Bismarck vom 9. d. gegeben, in welchem es mit Beziehung auf die Verbrennung deutscher Kauffahrteifahrer durch französische Kriegsschiffe heißt: „Die deutschen Schiffe werden zu Repressalien gegen französische angewiesen werden." Das kann nur den Sinn haben, daß eine Zurücknahme der Erklärung vom August v. J. bevorstehe, durch welche die Freiheit des französischen Privateigenthums zur See während des Krieges gewährleistet worden war; daß deutscherseits an mehr als Repressalien in diesem Sinne gedacht werden konnte, erscheint unmöglich.

— **Obertribunals-Entscheidungen.** Ein Kölner Gastwirth wegen Nichteinreichung der Fremdenzettel verklagt, war vom Polizeirichter freigesprochen, weil dieser annahm, daß die seitherige Verpflichtung der Gastwirthe, Fremdenzettel bei der Polizeibehörde einzureichen, durch die neue Gewerbeordnung als aufgehoben betrachtet werden müsse, da in diesem Gesetze auf das Fortbestehen der verfassungs- oder gesetzmäßig erlassenen entgegenstehenden Verordnungen nicht Bezug genommen sei. Der Vertreter des öffentlichen Ministeriums ergriff gegen das freisprechende Erkenntniß den Kassations-Rekurs. Das Ober-Tribunal hat nunmehr das freisprechende Urtheil des betreffenden Polizeigerichts kassirt und zugleich den Beschuldigten zu einer Geldbuße verurtheilt. — Eine andere Entscheidung lautet: Die Gewerbesteuern unterliegen weder der Beaufsichtigung noch der Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes. Insbesondere sind die bisherigen preußischen Haustrgesetze, soweit sie die Besteuerung des Hausirwesens betreffen auch nach Erlaß der Bundes-Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869 in Kraft geblieben, dergestalt, daß ein Hausirgewerbschein nach Maßgabe des Hausir-Regulativs vom 28. April 1824 und der Zusatz-Gesetze zu demselben nach wie vor zu lösen, die Hausir-Gewerbesteuer zu entrichten und die bisherige gesetzliche Strafe bei Zuwiderhandlungen gegen diese Steuergesetze anzuwenden ist, wenngleich in einem gegebenen Falle es nach der Bundes-Gewerbe-Ordnung in polizeilicher Beziehung keines Gewerbescheins zum Gewerbebetrieb im Umherziehen bedarf.

— Unter den bisher erschienenen 159 Verlustlisten befinden sich 28, welche Berichtigungen früherer Mittheilungen enthalten. Es sind darin alle Offiziere und Manschaften aufgeführt, welche später an ihren Wunden gestorben sind, oder welche geheilt zum Regiment zurückgekehrt, resp. dem Ersatzbataillon überwiesen worden sind, oder endlich, welche ursprünglich als „Vermißt" aufgeführt waren und später in Lazarethen oder auf dem Schlachtfelde vorgefunden wurden, resp. beim Regimente wieder eintrafen. Diese Berichtigungen umfassen etwa 14,000 Namen; die Kategorie der nachträglich Gestorbenen ist sehr wenig vertreten, ⅝ aller sind geheilt. — Die nach Abzug dieser 28 Listen verbleibenden 131 Verlustlisten führen auf a) an Todten: 2 Generale, 67 Stabsoffiziere, 724 Subalternoffiziere, 217 Fähnriche, Feldwebel, Wachtmeister, Vizefeldwebel, Vizewachtmeister, Stabstrompeter, 1177 Sergeanten, Oberjäger, Unteroffiziere, Hautboisten 2c, 10,622 Gefreite, Spielleute und Gemeine, 14 Aerzte 2c., 1 Geistlichen; b) an Verwundeten: 13 Generale, 177 Stabsoffiziere, 2375 Subalternoffiziere, 874 Fähnriche 2c., 5042 Unteroffiziere 2c., 51,152 Gefreite 2c., 1 Büchsenmacher, 87 Aerzte, Lazareth-Gehülfen, 1 Geistlicher, 16 Krankenträger. Summa der Todten und Verwundeten 3358 Offiziere und 69,204 Mann. c) an Vermißten: 35 Offiziere, 12 Aerzte, 1 Zahlmeister, 1 Roßarzt, 21 Lazareth-Gehülfen, 31 Verbandzeug- resp. Krankenträger, 6 Fähnriche, 11 Feldwebel, 4 Vizefeldwebel, 1 Wachtmeister, 1 Regiments-, 1 Bataillons-Tambour, 250 Unteroffiziere, 6875 Gemeine. Summa des Abgangs: 3393 Offiziere, 76,409 Mann für die norddeutschen Truppen und die Badische Division, aber excl. des sächsischen (12.) Armeecorps und der hessischen Division. An diesen Verlusten partizipirt das Gardecorps einschließlich der 4 Garde-Landwehr-Regimenter mit 386 Offizieren, 26 Fähnrichen und 9536 Mann an Todten und Verwundeten und 335 Mann an Vermißten.

Wilhelmshöhe, 14. Jan. Der „Nationalztg." entnehmen wir Folgendes: Heute Mittag hat das Grand Hotel Schombardt (Schombardts Gasthof) wieder zahlreicheren Besuch von Seiten hervorragender Persönlichkeiten erhalten, als seit langer Zeit. Es kamen gleichzeitig an: der General Fleury, bekanntlich der letzte kaiserliche Gesandte in St. Petersburg, der vormalige pariser Polizeipräfekt Pietri und der kaiserliche Postmeister Vandal. Dem Vernehmen nach werden sie einige Tage hier bleiben. Sonst war, wie gesagt, in letzter Zeit der Verkehr mit dem Schlosse hier, wenigstens soweit er sich dem Blicke äußerlich darbot, sehr gering.

Oesterreich.

Wien, 15. Jan. Der preußische Gesandte Graf Schweinitz ist am 14. aus Pest zurückgekehrt. Er hat dort eine Depesche des Grafen Bismarck (d. d. Versailles, 8. Januar) mitzutheilen gehabt, welche zunächst der freudigen Genugthuung des Königs über die so hochherzig dem deutschen Einigungswerk entgegengebrachten persönlichen Sympathien des Kaisers warmen Ausdruck giebt und sodann die zuversichtliche Hoffnung ausspricht, daß fortan diejenigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich aufgerichtet würden, welche speziell Deutschland durch die That zu bekräftigen, jede sich darbietende Gelegenheit mit Eifer ergreifen werde. Die Veröffentlichung des Schriftstücks dürfte nicht auf sich warten lassen. — Ein wiener Korrespondent der „B. u. H. Z." berichtet: „Ein Gerücht, welches ich für den Augenblick nicht zu kontroliren vermag, hatte die Uebersiedelung des hannoverschen Hofes nach England und die „Knüpfung neuer Familienbande" mit dem englischen Königshause in Aussicht." — Die Ministerkrisis schleppt sich wie eine ewige Krankheit fort. Es wird versichert, der Kaiser habe den Ministerpräsidenten in partibus beauftragt, sich mit der Verfassungspartei Behufs Erneuerung des Kabinets in Verbindung zu setzen, aber die Erwartung ausgesprochen, es werde eine Kombination gelingen, in welcher es Potocki selbst möglich gemacht sein würde, ein Portefeuille zu übernehmen. Man nennt sehr heterogene Namen, mit welchen Graf Potocki sich in Beziehung gesetzt habe: Schmerling, Hofrath Unger und Baron v. Kübeck.

Großbritannien und Irland.

London, 14. Jan. Die „Times" entwickelt in einem längeren Artikel, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, wo die neutralen Mächte vermittelnde Schritte thun könnten, um den Frieden herbeizuführen und daß es ihre Pflicht sei, solche zu thun:

„Es ist die Pflicht und das Amt der neutralen Mächte, in so weit zwischen die Kämpfenden zu treten, um jeden derselben wissen zu lassen, was der andere zuzugeben willig ist, um den Krieg zu beendigen. . . . Wir sind die ersten der neutralen Mächte; wir sind nahe verwandt mit beiden Kriegführenden, und uns fällt die Pflicht zu, den ersten Schritt zu thun. Wenn diese Verpflichtung getreulich übernommen wird, so werden wir bei der Ausübung nicht allein gelassen werden, und wir sind nicht ohne Hoffnung, daß sie zu einem erfolgreichen Ziele geführt werde."

Vor Kurzem wurde einer in dem konservativen „Standard" mitgetheilten Denkschrift erwähnt, welche Drouyn de Lhuys zur Zeit an den Kaiser gerichtet um von den Anschlägen auf Belgien abzurathen. Dasselbe Blatt enthält eine vom 25. April 1867 datirte Note des damals nicht im Amte befindlichen Diplomaten, in welcher der wahrscheinliche Verlauf der luxemburger Frage erörtert und gerathen wird, die Sache ruhen zu lassen und sich aufs Abwarten zu verlegen. Geschehe das nicht, dann werde man schließlich dahin gelangen, daß erstens Frankreich statt eines wirklichen, jedoch nur zeitweiligen Verbotes, sich Luxemburg auf die eine oder andere Weise anzueignen, unter ein dauerndes Verbot gestellt werde, und daß zweitens in einem solchen Falle Frankreich das Ländchen nicht Preußen allein, sondern dem ganzen vereinten Europa und noch obendrein im Widerspruch mit den selbst eingegangenen Verpflichtungen streitig zu machen habe. Ob Drouyn de Lhuys besorgt um seinen guten Namen für die Vergangenheit ist oder auch an zukünftige Möglichkeiten denkt, ist schwer zu sagen.

Frankreich.

Bordeaux. „Daily News" veröffentlicht einen Brief aus Bordeaux vom 8., demzufolge alle dort aus Paris eingetroffenen Nachrichten bekunden, daß der berühmte „Plan" Trochus aufgegeben ist.

„Der letzte Kriegsrath hat, wie verlautet, beschlossen für den nächsten Ausfall eigens einen höchsten Befehlshaber zu ernennen, welcher von Trochu ganz unabhängig sein soll. Dem Letzteren stellten seine Kollegen vor, es sei die Aufgabe des „Gouverneurs von Paris", die Stadt zu vertheidigen, und seine Aufmerksamkeit sollte von dieser schwierigen Aufgabe durch ein Kommando über eine Armee außerhalb der Mauern um so weniger abgeleitet werden, als er dieser Armee in seiner jetzigen Eigenschaft doch nicht folgen könnte, falls diese die preußischen Linien durchbreche. — Es ist kein Geheimniß, daß die Regierung die finanzielle Frage letzter Zeit mit großer Besorgniß betrachtet hat. Die Ernennung Oquin's an Cuviers Stelle zum Vize-Gouverneur der Bank von Frankreich war wahrscheinlich das Vorspiel zu einer neuen Finanzoperation und die „Province" macht die folgende bedeutungsvolle Mittheilung: „Wie wir hören, sind die finanziellen Schwierigkeiten, welche der Regierung zur nationalen Vertheidigung im Wege standen, nunmehr in befriedigender Weise entfernt worden. Dank einer neuen Kombination wird das Finanzministerium im Stande sein, für alle Eventualitäten des Krieges Vorsorge zu treffen.

Auch das „Journal de Genève" enthält eine Mittheilung aus Bordeaux, worin die Geldfrage als die dringendste zur ferneren Landesvertheidigung dargestellt wird. Die Staatskassen sind trotz der letzten in London bei Mr. Morgan gemachten Anleihe gänzlich erschöpft. Eine neue Milliarde wird dringend nothwendig. Die Herbeischaffung derselben ist aber sehr schwierig. Allen diesfälligen Aufforderungen der Regierung an die Bank von Frankreich, zu interveniren, widersetzte sich der Delegirte Cuvier, weshalb er durch Oquin ersetzt wurde, der gleichzeitig aus Paris Ermächtigung zur Aufnahme einer neuen Anleihe von 1½ Milliarden etwa in London mitbrachte. Ein Appell an die Steuerzahler kann im besten Falle nur ein sehr ungenügendes Resultat ergeben.

In einer Korrespondenz der „Daily News" vom 10. wird erzählt: „Wie Herr Faillet, der Direktor der Taubenpost, mir sagt, sind heute nicht weniger, als 30,000 Staats- und Privatbriefe vermittelst einer einzigen Taube nach Paris abgeschickt worden. Zwei andere Tauben wurden mit Duplikaten dieser Briefe aufgelassen, so daß im Ganzen 90,000 mikroskopische Kopien von Briefen gemacht wurden. — In einer öffentlichen Versammlung im Grand Théatre mußte Admiral Fourichon herhalten. Eine Resolution gelangte zur Annahme, die ihn auffordert, abzudanken. Es wurde gesagt, er habe sich 1848 einen Republikaner genannt, und thue dies auch wieder 1871; aber dies habe ihn nicht abgehalten, dem Kaiser in der Zwischenzeit als Gouverneur von Cayenne zu dienen und die politischen Gefangenen mit übertriebener Strenge zu behandeln. Dann sei auch die Flotte unter seiner Verwaltung des Marineministeriums vollständig nutzlos und unthätig." — Ein Dekret vom 9. verfügt, daß mit der Einberufung der Klasse von 1871 sofort vorgegangen werden kann; die Zensuslisten sind am 15. und 22. Januar auszuhängen. Die jungen Leute aus den okkupirten Departements können sich in die Zensuslisten der nicht okkupirten Departements eintragen lassen. Eine Loosziehung findet nicht statt. Stellvertretung ist nur zulässig unter Brüdern und Verwandten bis zum 6. Grade. Die Aushebungsarbeiten in den okkupirten Departements werden auf spätere Zeit vertagt. Die Dienstzeit wird vom 1. Januar 1871 an berechnet. — Ein anderes Dekret verlängert das Moratorium für Handels-Effekten, die vor dem 15. August 1870 unterschrieben sind, auf fünf Monate; für Effekten, die vom 15. August bis 14. Okt. 1870 unterschrieben sind, auf drei Monate und in jedem Falle bis zum 15. Januar. Die seit dem 14. Okt. unterschriebenen Effekten unterliegen den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs. Die Protestfrist von 48 Stunden wird für die Zeit bis zum 15. April auf 10 Tage nach der Verfallzeit ausgedehnt. Bis zum Ende des Krieges kann aus Protesten keine Verfolgung gegen Aussteller, Akzeptanten und Indossenten von Handels-Effekten, die vor dem 15. August 1870 kreirt sind, betrieben werden. Desgleichen ruht jede Verfolgung gegen solche, die sich unter den Fahnen befinden.

Belgien.

Brüssel. „Le Drapeau" bringt eine Reihe von Berichtigungen gegen französische und schweizerische Zeitungs-Korrespondenzen über Wilhelmshöhe. Ohne auf das Geschwätz dieser Berichterstatter weiter einzugehen, wollen wir wenigstens diejenigen Punkte ausheben, die sich auf Persönlichkeiten beziehen. Nach dem „Drapeau" geht der Kaiser nicht Arm in Arm mit Coneau und dem General Douay spazieren, ersterer hält sich seit zwei Monaten in England auf, letzterer ist in Bonn und „war in Kassel", eben so wenig war General Ladmirault jemals in Kassel, die Marschälle Le Boeuf und Canrobert kamen nur einmal dahin, und darauf beschränkt sich ihr Besuch. Die Briefe der Kaiserin von England treffen mit der Post ein und General Frossard, der in Köln ist und jüngst nur 24 Stunden in Wilhelmshöhe war, wurde niemals mit diesen Korrespondenzen beauftragt. Rouher war niemals in Kassel, und hat noch weniger eine Unterredung mit Herrn v. Thile daselbst gehabt. Pietri, der frühere Polizei-Präfekt, ist allerdings auf Wilhelmshöhe gewesen, aber weder Herr Hubaine von Florenz, noch Herr Paul de Cassagnac sind daselbst gesehen worden. Der Kaiser hat auch keinen Kredit in Frankfurt eröffnet und niemals englische Bankbillets, die er von London bezogen haben sollte, ausgegeben.

Spanien.

Madrid, 8. Januar. Der hiesige Korrespondent der „Times" meldet manches Interessante über das Privatleben des neuen Königs. Am 2. Januar nahm er Besitz von seinem Palaste und Tags darauf sandte er schon die Geschütze vor demselben und die Wachen im Innern mit Ausnahme von 50 Mann hinweg. Die Karte für die Tafel, bestehend aus 24 Schüsseln, hat er auf 4 herabgesetzt, und die Hälfte der im Gebrauche befindlichen Palastgemächer bereits geschlossen. Bei seinen Ausfahrten nimmt er nie mehr als einen oder zwei Adjutanten, einen Bedienten hinten auf und einen Vorreiter mit, und selbst nie mehr als zwei Pferde vor dem stets offenen Wagen. Der König pflegt früh aufzustehen; er verlangte am ersten Morgen um 7 Uhr früh ein Frühstück. Der Hausmeister erklärte, man habe erwartet, Se. Maj. werde nach Standessitte erst zwischen 11 und 12 Uhr frühstücken, worauf Amadeus mit einem Adjutanten in das „Hotel de Paris" ging, um dort ein Frühmal einzunehmen. Um 10 Uhr werden im Palaste die Thüren geschlossen, um 12 Uhr die Lichter ausgelöscht; der König selber geht schon kurz nach 10 Uhr zur Ruhe. Madrid ist erstaunt. Bei den Empfangsvorstellungen von Beamten wurde sofort der Handkuß abgeschafft und dafür der demokratische Händedruck eingeführt. Am 6. erhielten die Armen von Madrid und die dürftigen Milizmannschaften ein königliches Geschenk von je 500 Duros. Zu Fuß von einem Adjutanten nur begleitet, macht der König seine Besuche und besorgt seine kleinen Einkäufe. Er besuchte Prims verwundeten Adjutanten und sagte ihm zum Troste, er werde ihn und die übrigen Adjutanten des verstorbenen Marschalls in seine Dienste nehmen. Als er hörte, daß die Gehälter der Schullehrer im Rückstande seien, erklärte er dem Finanzminister, er werde keine Zahlung annehmen, bis diese Leute befriedigt seien. Es ist so ruhig in Madrid, daß die Königin beabsichtigt, gegen Ende des Monats einzutreffen und daß es heißt, die Kaiserin Eugenie beabsichtige, ihre Mutter, die Gräfin Montijo, zu besuchen. — Man spricht von einer republikanischen Erhebung zu Baza in der Provinz Granada und von 2 Banden, jede in der Stärke von 1000 Mann. Es sind Truppen nach der Sierra Morena geschickt worden, um die Bildung neuer Banden zu verhindern. — Gestern fand ein Trauergottesdienst statt, welchem der König, die Minister und alle hohen Beamten beiwohnten; die Leiche des Marschall Prim wurde in den Gewölben der Atocha-Kirche beigesetzt. — Es herrscht in Spanien eine solche Kälte, daß in Valencia, dem Lande der Orangen, 9 Personen erfroren sind.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel. Ueber Triest wird vom 7. Januar gemeldet: Wie „Lev. Herald" vernimmt, will die Pforte selbst auf der Londoner Konferenz die Aufhebung der Konvention von 1841 betreffs Schließung des Bosporus und der Dardanellen vorschlagen, damit dem Sultan in dieser Angelegenheit wieder das volle Souveränetätsrecht eingeräumt werde und er die Befugniß erhalte, diese türkischen Häfen nach Belieben zu öffnen oder zu schließen. Die Pforte hat an ihre diplomatischen Agenten im Auslande eine Zirkulardepesche über die Ursachen und Zwecke der nach Yemen abgegangenen Expedition gerichtet. — In Smyrna wurde eine Subskription eröffnet, um der französischen Regierung ein paar Mitrailleusen zum Geschenke zu machen. Wenn dem dortigen „Impartial" zu glauben ist (der sich jedoch dem deutsch-französischen Kriege gegenüber nichts weniger als unparteiisch verhält), so herrscht daselbst große Sympathie für die „heilige Sache", welche Frankreich vertheidigt.

Vom Landtage.

14. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 17. Januar. Eröffnung um 11 Uhr. Am Ministertisch Camphausen, Graf Itzenplitz und v. Mühler mit mehreren Kommissarien. Vor dem Eintritt in die Tages-Ordnung bringt der Kultusminister im Verein mit dem Minister des Innern einen aus 4 Paragraphen bestehenden Gesetzentwurf ein, welcher die Verwaltung und Beaufsichtigung des Volksschulwesens in der Provinz Hannover von dem Konsistorium auf die Landdrosteien und das Provinzial-Schulkollegium überträgt. Die Vorlage wird einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Die Schlußberathung über den Staatshaushalt, die gestern mitten im Etat des Kultusministeriums unterbrochen wurde, wird fortgesetzt. Bei der Position 19 (Zuschuß für die Universitäten und die Akademie in Münster) spricht Reichensperger (Koblenz) den Wunsch aus, daß die Akademie zu einer Universität erweitert werden möge, ohne einen besonderen Antrag zu stellen, oder den Wunsch näher zu motiviren, da derjenige eine schwere Verantwortlichkeit auf sich laden würde, der den religiösen Hader in das Haus werfen wollte. Nur daran sei erinnert, daß der westphälische Landtag bereits ähnliche Wünsche geäußert hat.

Bei der Position 21: Zuschüsse zu Gymnasien und Realschulen mahnt Fürst Czartoryski an den Mangel eines katholischen Gymnasiums in den westpreußischen Kreisen Straßburg und Lobau; desgleichen Kantak an das seit Jahren verlangte katholische Gymnasium in der Provinz Posen, zumal ein darauf bezüglicher Antrag, wie Reichensperger (Arnsberg) bemerkt, vom Hause seiner Zeit einstimmig (??) gefaßt wurde und einstimmig gefaßte Beschlüsse einer aus so heterogenen Elementen zusammengesetzten Versammlung den höchsten Anspruch auf Berücksichtigung besitzen. Eine Vernachlässigung dieser Art sei sehr zu bedauern. Abg. v. Hennig bestreitet durchaus, daß der betreffende Beschluß einstimmig gefaßt sei; jedenfalls stehe demselben, falls dessen Existenz in früherer Zeit konstatirt werden sollte, ein späterer Beschluß des ohne Zweifel besser informirten Hauses zur Seite der gegen eine starke Minorität gefaßt sei. Witt (Posen) spricht die Hoffnung aus, daß der nächste Etat einen Ersatz für das in Trzemeszno aufgehobene Gymnasium bringen werde. — Der Rest des Etats wird bewilligt.

Bei den einmaligen Ausgaben (Staatsministerium) beantragen Strosser und Simon v. Zastrow, die zur Zahlung der auf dem Grundstück Behrenstraße 72 in Berlin haftenden Hypothek und der Kosten der Instandsetzung des Inventars erforderlichen 63,500 Thlr. in Ausgabe zu bewilligen. (In der Vorberathung war diese Position bekanntlich abgelehnt.)

Regierungskommissär Wehrmann: Bei der Vorberathung war nicht klar gestellt, daß neben dem Staats- und Marineministerium noch eine dritte Zentralbehörde bei der Sache betheiligt ist, das Bundeskanzleramt. Bei der Errichtung des Bundes wurde das Bundeskanzleramt mit seinen Bureaus in das bisherige Gebäude des preußischen Staatsministeriums aufgenommen. Beide Zentralbehörden richteten sich unter Zuhilfenahme einer gemietheten Etage des Nachbarhauses in diesem Gebäude gemeinschaftlich in beschränkter Weise ein. Dieses Provisorium besteht noch heute. Zwar ist vor Jahr und Tag das Eigenthum dieses Gebäudes an den Bund abgetreten gegen Zahlung von Taxungen, welche der Reichstag in seinem Budget bewilligt hat. Das Staatsministerium hat aber bei Uebergabe des Gebäudes an den Bund sich den Vorbehalt machen müssen, daß es seine Büreaus erst dann verlegen könne, wenn ein anderes angemessenes Lokal dafür gefunden sein wird. Das

ist aber nicht leicht, da die Bureaus des Staatsministeriums wegen der Wohnung des Bundeskanzlers an die Wilhelmstraße gebunden sind. In dieser Straße giebt es wenig geeignete Häuser und nur zu sehr hohen Preisen. Man fand es daher als den zweckmäßigsten Ausweg, das Marineministerium zu ersuchen, seine Bureaus aus dem Eckhaus der Behren- und Wilhelmsstraße zu verlegen und sich ein anderes Lokal zu besorgen, da es ohnehin größere Räume braucht und mit seinen Geschäften nicht an die Wilhelmsstraße gebunden ist. Das Marineministerium ist auf diesen Plan eingegangen, ist aber bei Liquidirung des Geldes für das neu angekaufte Grundstück bei dem Reichstag auf Schwierigkeiten gestoßen und hat nun die Wahl, das gekaufte Grundstück entweder wieder zu verkaufen oder bei dem nächsten Reichstag das Geld aufs Neue zu liquidiren. Wie ich höre, hat das Marineministerium den letzteren Weg eingeschlagen, weil noch heute das im vorigen Jahre gekaufte Gebäude als das beste anerkannt wird. Das Votum des preußischen Landtages kann natürlich dem Reichstage in keiner Weise präjudiziren. Das Staatsministerium hat es für nothwendig gehalten, das Sachverhältniß jetzt schon vorzulegen in der Hoffnung, daß der Reichstag die in Rede stehende Position liquidiren wird. Vom spezifisch preußischen Standpunkte ist bei der Vorberathung eingewendet worden, es sei juristisch nicht gerechtfertigt, daß das Marineministerium eine auf dem Grundstück lastende Hypothek gekauft hat ohne Zustimmung der preußischen Regierung und Landesvertretung. Dieses Bedenken behebt sich einfach durch die Erwägung, daß das Marineministerium jedenfalls berechtigt war, diese Hypothek zu erwerben, wenn es dadurch von der Zahlung der Zinsen dafür sich befreien wollte. Mir scheint daher vom spezifisch preußischen Standpunkte gegen die Liquidirung dieser Summe kein Einwand erhoben werden zu können, denn das Kaufgeld, 323,000 Thlr., wird bei diesem Arrangement nur etwa zu ⅕ verwendet, um ein anderes Bureau für das Marineministerium zu verschaffen. Sollte dagegen das Arrangement verworfen werden, so würde vielleicht noch mehr nöthig sein, um für die Unterbringung des Marineministeriums zu sorgen. Die Regierung glaubt daher die vorgeschlagene Etatsposition aufrecht erhalten zu sollen.

Abg. v. Zastrow: Der Marineverwaltung sind 60,000 Thlr. Hypothek, welche auf dem Hause Behrenstr. 72 lasten, gekündigt worden. Der Bund hat die 60,000 Thlr. bezahlt; Preußen will das Haus nun wieder haben, muß also, da der Bund es ihm wieder überlassen will auch die 60,000 Thlr. wieder bezahlen; die 60,000 Thlr. haben wir liegen, sind also dazu sehr gut im Stande. — Die Marine-Verwaltung hat nun auch bereits ein Haus in der Leipzigerstraße gekauft, diesen Kauf aber hat der Reichstag nicht genehmigt. Es wird nun gesagt, daß, wenn wir hier die 60,000 Thlr. bewilligen, wir indirekt einer Ungesetzlichkeit der Bundesregierung Vorschub leisten. Aber wir haben ja hier diese Frage überhaupt nicht zu erwägen, sondern zunächst die spezifisch preußischen Interessen zu wahren. Die preußische Regierung braucht das Haus sehr dringend, und wir müssen uns freuen, daß die Bundesregierung bereitwillig es uns zurückgeben will. Daher empfehle ich Ihnen das Geld zu bewilligen.

Abg. v. Hennig: Wenn wir das Geld bewilligen, müßte in der That die Marineverwaltung ausziehen und würde trotz der Verweigerung des Reichstags in das neu gekaufte Haus einziehen. Dazu dürfen wir nicht die Hand bieten. Ich bitte Sie, das Geld nicht zu bewilligen. Erst muß der Reichstag den Ankauf eines andern Hauses der Marineverwaltung bewilligen, dann wollen auch wir die Zahlung der 60,000 Thlr. genehmigen. In der That aber scheint die Regierung nicht darauf zu warten, vielmehr ist den jetzigen Miethern des Hauses in der Leipzigerstr. bereits gekündigt. Ich bin der Ansicht, die Marineverwaltung kann und muß noch warten, ehe sie auszieht und wieder einzieht, bis der Reichstag seine Genehmigung ertheilt hat.

Abg. v. Zastrow. Die Marineverwaltung kann wohl warten, aber nicht das Preuß. Staatsministerium. Reg.-Komm. Wehrmann: Die Regierung wird vor Genehmigung des Reichstages keine Maßregel treffen, also auch die Marineverwaltung nicht drängen. — Daß indeß von dieser in dem Hause der Leipzigerstraße, welches sie ziemlich wahrscheinlich am 1. Oktober d. J. beziehen wird, den Miethern bereits gekündigt ist, bedarf wohl keiner Erklärung. Bis dahin wird wohl auch die Bewilligung durch den Reichstag erfolgt sein.

Abg. Heise: Die vorliegende Frage ist gar nicht politischer Natur und liegt kein Grund vor, der Staatsregierung entgegenzutreten. Abg. Lasker. Der Bund wird nach den Worten des Regierungskommissars durch die preußische Regierung gar nicht gedrängt. Aber auf uns, scheint mir, wollte man einen Druck üben; ich sehe keine Nothwendigkeit zur Bewilligung der 60,000 Thlr. ein, erst wenn der Reichstag den Ankauf eines neuen Hauses für die Marineverwaltung genehmigt haben wird, wollen wir das Geld bewilligen. Zudem scheint es mir ganz unangemessen, den in erster Lesung gefaßten Beschluß in zweiter Lesung zurückzunehmen; dies entspricht nicht der Würde des Hauses; ich bitte Sie die Summe abzulehnen. Minister Graf Itzenplitz: Daß kein Druck auf Ihre Entschließung stattgefunden hat, ist durch den Staats-Kommissarius genügend nachgewiesen. Ich wiederhole nur noch, daß das Staatsministerium durchaus den dringenden Wunsch hegt, in das betreffende Haus einzuziehen. Abg. Strosser bemerkt, daß es durchaus nicht gegen die Würde des Hauses verstoße, einen früher gefaßten Beschluß zu reformiren. Der Reg.-Komm. Wehrmann betont nochmals, daß es sowohl im Interesse des Bundes als auch Preußens liege, daß die Veränderung schon am 1. Oktober dieses Jahres stattfinde. Abg. Lasker bemerkt dazu, daß schlimmsten Falls wohl der Bund dem preußischen Staate 3 bis 4 Monat Kredit gewähren würde.

Der Finanzminister will nur vom Standpunkte einer vernünftigen Finanzverwaltung aus bemerken, daß es ihm am besten scheine, die 60,000 Thlr. zu bewilligen, weil sie jetzt da sind. Werden sie nicht zu dieser Zahlung Behufs Rückerwerb des qu. Hauses verwendet, so werden sie dem Gesetze nach als Ueberschuß des Etats zu laufenden Ausgaben verwendet und können nachher, wenn wir das Haus zurückkaufen wollen, leicht fehlen. Politisch sei die ganze Frage ganz unwichtig, aber zweckmäßig sei es, den Vorschlag der Regierung anzunehmen.

Bei der Abstimmung wird der Beschluß der Vorberathung wieder aufgehoben und die Position, wie die Zählung ergiebt, mit 189 gegen 161 dem Antrage Strosser's gemäß bewilligt. (Dafür stimmen die konservativen Parteien, die Mehrzahl der Katholiken, zu der u. A. v. Mallinckrodt nicht gehört; dagegen die liberalen Fraktionen mit wenigen Ausnahmen, wie Roepell, Jung, Hoehne.)

Ueber den Etat von verschiedenen Einnahmen bei der allgemeinen Kassenverwaltung referirt Namens der Budgetkommission der Abg. Miquel in eingehender, jedoch nicht wiederzugebender Weise, da jeder Bericht ohne ein sehr umfassendes Ziffernwesen unverständlich sein würde. Wir erwähnen nur, daß in Folge der neuerdings an den Regierungsbezirk Trier bewilligten 300,000 Thlrn., die ursprünglich zur Einlösung von Schatzanweisungen bestimmt waren, die entsprechende Korrektur bei dem Betrage der schwebenden Schuld und der Zinsen von Schatzanweisungen eintreten muß.

Derselbe Referent berichtet nunmehr über die Fassung des eigentlichen Etatsgesetzes, wie es von der Budget-Kommission beschlossen ist. Die §§ 1 und 2 sollen unverändert wie in der Regierungsvorlage stehen bleiben, da das Haus an den Einnahmen- und Ausgabenpositionen so wie an dem Betrage der im Jahre 1871 auszugebenden Schatzanweisungen nichts geändert hat. In § 3 wird auf den Antrag Miquels, mit dem sich der Finanzminister sofort einverstanden erklärt, eine Einschränkung bezüglich der Verwendung der zurückgezahlten Darlehen aus der Zeit des ostpreußischen Nothstandes zur Einlösung von Schatzanweisungen aufgenommen, da über einen Theil derselben zu Gunsten des Regierungs-Bezirks Trier verfügt worden ist. Die Einschaltung (s. u.) ist durch gesperrte Schrift kenntlich gemacht. Durchaus neu ist der § 4, den die Budget-Kommission eingeschaltet hat und der einmal den Zweck hat, die in Form eines Nachtrages zum Etatsgesetz von der Staatsregierung verlangte Ermächtigung zur Leistung des Ausgaben vom 1. Januar bis zu dem Tage, an welchem das Etatsgesetz von allen Faktoren der Gesetzgebung genehmigt und publizirt ist, zu gewähren. Außerdem wird die vorschußweise Verwendung des Staatsschatzes für Kriegszwecke genehmigt, obwohl eine solche Genehmignng von der Staatsregierung nicht beantragt war; sie war jedoch ganz damit einverstanden, daß die Ertheilung der Genehmigung in der Kommission als unerläßlich betrachtet wurde. Referent Miquel weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß der Moment einer endgültigen Entscheidung über das Schicksal des Staatsschatzes immer näher rückt; man wird sich fragen müssen, ob ein Kriegsschatz überhaupt nothwendig ist; im Falle der Bejahung dieser Frage würde der Schatz ein Bundesschatz sein müssen. Außerdem würde zu prüfen sein, ob die Erhaltung eines besonderen preußischen neben dem Bunderschatze wünschenswerth ist.

Der Finanzminister: Ueber die Frage, wie in Zukunft der Staatsschatz zu ordnen sein möchte, will ich mich in eine Erläuterung nicht einlassen, obwohl diese Frage seit langer Zeit eine schwebende ist. Ich will nur bestätigen, daß die Staatsregierung einen hohen Werth darauf legt, den in der Budgetkommission angenommenen Zusatz zu § 4 des vorgelegten Entwurfes zum Etatsgesetz seitens des Hauses angenommen und damit verfassungsmäßig die schwebende Frage vollständig erledigt zu sehen. Ich kann nur empfehlen, den Gesetzentwurf, wie er aus der Berathung der Kommission hervorgegangen ist, unverändert anzunehmen.

Das Etatsgesetz wird in allen seinen §§ und im Ganzen einstimmig genehmigt. Dasselbe lautet:

§ 1. Der diesem Gesetze als Anlage beigefügte Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1871 wird in Einnahme auf 172,918,937 Thlr. und in Ausgabe auf 172,918,937 Thlr., nämlich: auf 166,743,895 Thlr. an fortdauernden und auf 6,175,042 Thlr. an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben festgestellt.

§ 2. Im Jahre 1871 können nach Anordnung des Finanzministers verzinsliche Schatzanweisungen bis auf Höhe von 11,700,000 Thalern, welche vor dem 1. Oktober 1872 verfallen müssen, wiederholt ausgegeben werden. Die auf Grund des Gesetzes vom 24. Dezember 1869 (Gesetz-Samml., Seite 1205) ausgegebenen Schatzanweisungen sind bei eintretender Fälligkeit einzulösen.

§ 3. Die im Jahre 1871 eingehenden Rückzahlungen auf die nach dem Gesetz vom 3. März 1868 (Gesetz-Sammlung S. 174) zur Abhilfe des Nothstandes in Ostpreußen gewährten Darlehne, sowie die schon eingegangenen und die bis zum Ablauf des Jahres 1871 weiter eingehenden Rückzahlungen auf die nach dem Gesetz vom 23. Dezember 1867 (Gesetz-Sammlung S. 1929) bewilligten derartigen Darlehne sind, soweit darüber nicht durch Gesetz zu besonderen Zwecken verfügt ist, zur theilweisen Einlösung der Schatzanweisungen zu verwenden. Im Uebrigen finden auf die nach § 2 dieses Gesetzes anzugebenden Schatzanweisungen die Bestimmungen der §§ 4 und 6 des Gesetzes vom 28. September 1866 (Gesetz-Sammlung, S. 607) Anwendung.

§ 4. Die bis zur gesetzlichen Feststellung des Staatshaushalts-Etats (§ 1) innerhalb der Grenzen desselben geleisteten Ausgaben werden hiermit nachträglich genehmigt. Auch wird nachträglich die Genehmigung dazu ertheilt, daß der Generalkasse des Norddeutschen Bundes für Zwecke der Mobilmachung und der Kriegführung 30 Millionen Thlr. aus dem Staatsschatze vorschußweise zur Verfügung gestellt worden sind. § 5. Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Es folgen mündliche Berichte der Budgetkommission über Petitionen. Eine Petition der Bureau-Diätare des Werkstätten-Ressorts der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn zu Frankfurt a./O. soll der Regierung mit der Aufforderung überwiesen werden, auf eine dem Bedürfniß entsprechende Vermehrung der etatsmäßigen Sekretärstellen in jenem Ressort baldigst, und zwar spätestens vom 1. Jan. 1872 ab, Bedacht zu nehmen. — Ref. v. Wintzingerode weist auf die sehr dürftige Besoldung der Bureau-Diätare hin, die als Militäranwärter zum Theil schon eine zwanzigjährige Dienstzeit im Staatsdienst hinter sich hätten und an allen anderen Eisenbahnen reichlich besoldet würden. Der Handelsminister bittet um Ablehnung des Antrages; so sehr ihm die drückenden Verhältnisse dieser alten Militärs am Herzen lägen, könne er doch gerade der Niederschl. Märkischen Bahn, deren Verkehr in Folge der Konkurrenz theils der Ost-, theils der Görlitzer-Bahn im Abnehmen begriffen sei, eine so bedeutende, neue Ausgabe nicht zumuthen. — Nach kurzer Debatte wird der Antrag Heises, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, angenommen.

Handelsminister v. Itzenplitz bringt demnächst zwei Gesetzentwürfe ein. Der eine betrifft die Strandordnung in den Provinzen Pommern und Preußen, der zweite den Bau der Eisenbahn Hanau-Offenbach, welcher dem abgeschlossenen Staatsvertrage gemäß im Juli d. J. beginnen müsse. Zur Ausführung des Baues seien 3½ Mill. Thaler nothwendig, welche durch eine Anleihe gedeckt werden sollten. Der Bau würde mehrere Jahre währen und es sei deshalb zunächst nur ein sehr geringer Theil der Summe flüssig zu machen. Man habe Anfangs mit 3 Mill. ausreichen zu können gehofft; indeß habe sich die Nothwendigkeit einer weiteren halben Million herausgestellt, und das Ministerium habe, um den Gesetzentwurf noch in dieser Session vorlegen zu können, gestern nach Versailles telegraphirt, um die kgl. Genehmigung zu dieser Aenderung einzuholen. In der Nacht sei die Zustimmung gleichfalls telegraphisch eingetroffen. Der Minister empfiehlt, den Entwurf den beiden Kommissionen für Finanzen und Handel zu überweisen.

Abg. Lasker beantragt dagegen, ihn in der Budgetkommission zu berathen. Diese Kommission habe eben ihre Berathung über das Indemnitätsgesetz beendigt und fast alle Mitglieder seien zu der Ueberzeugung gekommen, wie mißlich es sei, eine Summe auf mehrere Jahre hinaus zu bewilligen, ohne die Posten, welche in jedem Jahre ausgegeben werden dürften, bestimmt festzusetzen. Sollte sein Antrag abgelehnt werden, empfehle er dringend den Mitgliedern der beiden Kommissionen, welche der Minister empfehle, von dem heute gedruckten Bericht der Budgetkommission über das Indemnitätsgesetz Kenntniß zu nehmen. Der Antrag Laskers wird abgelehnt; der Entwurf geht an die vereinigten Kommissionen, die Strandordnung in eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern.

Ueber eine Petition der Organisten der Pfarrkirchen von Breslau, um Verbesserung ihrer Besoldungen geht das Haus zur Tagesordnung über. Eine Petition des ständischen Zentral-Ausschusses des Kongresses der deutschen Pferdezüchter wegen Trennung des Etats für die Hauptgestüte von dem der Landgestüte empfiehlt die Budget-Kommission zur Annahme mit dem Zusatze, daß „die Produktion der Landbeschäler als Einnahme bei dem Etat der Hauptgestüte und als Ausgabe bei dem der Landgestüte figurirt.“ Ein Amendement v. Lehndorff's will die eingeklammerten Worte gestrichen wissen. Abg. Arndt's beantragt, die Regierung aufzufordern, dem nächstjährigen Etat der Gestüts-Verwaltung eine statistische Uebersicht über die Betriebsresultate der Haupt- und Landgestüte, sowie eine Nachweisung über die in den letzten drei Jahren von den Hauptgestüten an die Landgestüte abgegebenen Landbeschäler beizulegen. Die Minister Camphausen und v. Selchow befürworten diesen Antrag; der der Kommission bringe Unklarheiten in die beiden Etats. Nach einer längeren Debatte zwischen v. Wedell (Malchow), v. Schorlemer, v. Kardorff und einem Regierungskommissar wird der Antrag der Budgetkommission abgelehnt und nachdem v. Lehndorff sein Amendement zu Gunsten des Arndts'schen Antrags zurückgezogen hat, wird der letztere angenommen.

Ueber einige Petitionen, betreffend eine Aufbesserung der Gehälter der Gerichtssekretäre und Salarienkassen-Rendanten, geht das Haus ohne Debatte zur Tagesordnung über. Ebenso ohne Debatte wird in der Schlußberathung der Gesetzentwurf, betreffend einige Abänderungen in der Wegegesetzgebung für die Provinz Hannover, genehmigt.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Vereidigung der noch nicht vereideten Mitglieder. Die Abgg. Krüger und Ahlmann werden ausdrücklich aufgefordert, zu erscheinen, nachdem sie in einem Schreiben an den Präsidenten, welches derselbe der Petitions-Kommission übergeben hat, ausgeführt haben, daß die Stellung ihres Landestheils zum preußischen Staat noch der gesetzlichen Feststellung entbehre. Außerdem stehen auf der Tagesordnung Petitionen, Wahlprüfungen und der Antrag v. Behr's, betr. die Reform des Stempeltarifs.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. Januar.

— Nach zuverlässigen Nachrichten liegen die im November v. J. gefaßten Beschlüsse der Generalversammlungen des neuen landschaftlichen Kredit-Vereins der Provinz Posen dem Minister des Innern zur Prüfung event. Bestätigung vor. Es steht mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß die ministerielle Entscheidung in nicht langer Frist und jedenfalls noch so zeitig erfolgen wird, um die Inangriffnahme der Taxations-Arbeiten nach Maßgabe der abgeänderten Vorschriften mit dem Beginne des Frühjahrs zu ermöglichen.

— Der römische Korrespondent des „Czas“ ist entzückt über den Feuereifer, mit dem der preußische Gesandte Hr. v. Arnim in Rom sich der italienischen Regierung gegenüber der Sache des Papstes annehmen soll. Er schreibt in Bezug darauf:

Seit dem Einzuge der Italiener in Rom hat sich das Benehmen des Hrn. v. Arnim vollständig gewendet und er macht selbst so wenig Hehl aus dieser Aenderung, daß er sich vielmehr damit brüstet. Es scheint ihm eine wahre Wollust zu machen, dem Nacken der neuen Satrapen alles aufzubürden, was irgend nur Platz darauf hat, und bei jeder Gelegenheit wirft er ihnen die Prädikate „unfähig“, „unverständig“, „brutal“, „despotisch“ an den Hals, und sucht durch politische, historische und sogar philosophische Argumente nachzuweisen, daß der Dualismus in Rom unmöglich ist, und daß nicht zu gleicher Zeit der Papst und der italienische König in der ewigen Stadt residiren können. Hr. v. Arnim geht in seinem zelotischen Eifer für die weltliche Macht des Papstes so weit, daß er sogar Aufsehen erregt, und ein Diplomat, der kein großer Anhänger von Preußen ist, soll sogar geäußert haben: „Tout cela est joué, il est trop politique, pour dire la vérité“.

Selbst dem Korrespondenten des „Czas“ kommt der Feuereifer, mit dem Hr. von Arnim sich der weltlichen Rechte des Papstes annimmt, und der gegen seine frühere gleichgültige Haltung stark abstechen soll, verdächtig vor, und er ist geneigt, ihm egoistische Motive unterzulegen und ihn für nicht aufrichtig zu halten. Dagegen scheint er mehr Vertrauen zu dem mit gleichem Eifer um die Gunst des Papstes werbenden Grafen Chaudordy zu haben, den er einen „frommen Christen“ und „guten Katholiken“ nennt. Er macht bei dieser Gelegenheit über die diplomatischen Schritte, welche die gegenwärtigen Gewalthaber in der römischen Angelegenheit gethan haben, folgende angeblich verbürgte Mittheilung:

„Es ist bekannt, daß zu der Zeit, als die italienische Regierung Miene machte, sich in den Besitz Roms zu setzen, Herr Senard von der französischen Republik als Gesandter nach Florenz geschickt wurde und daß derselbe in der römischen Angelegenheit sich wenig taktvoll benahm; aber nicht bekannt geworden ist die Thatsache, daß Herr Senard wegen Preisgebung der Rechte des Papstes getadelt und abberufen worden ist. Die Zeitungen haben, so viel ich weiß, nichts darüber geschrieben und die Sache ist absichtlich verheimlicht worden. Aus den weiteren Mittheilungen des Korrespondenten geht hervor, daß gegenwärtig zwischen der französischen Republik und dem Papst freundschaftliche Beziehungen bestehen.

—α— **Wronke**, 16. Jan. [Erfroren.] Ein im Dienste des Hrn. Matthes auf dem Vorwerke Hamerzicko bei Czarnikau stehender Knecht, Namens Schönfeld, ging gestern nach einer benachbarten Ortschaft, um dort den Sonntag zu verleben. Wahrscheinlich muß er hier des Guten zu viel genossen haben, denn auf dem Wege nach Hause wurde er heute erfroren gefunden. Angewandte Wiederbelebungsversuche erwiesen sich als erfolglos.

—r. **Wollstein**, 14. Jan. [Kollekte.] In Folge eines erneuerten Aufrufes sind in der letzten Zeit bei unserem Frauenverein für verwundete und erkrankte Krieger, so wie zur Unterstützung der Familien Einberufener, wiederum mehrere, mitunter ansehnliche Geldbeiträge eingegangen. U. A. vom Hrn. Rittergutsbesitzer Dr. Lehfeld auf Powodowo 50 Thlr., von Frau Oekonomieräthin Rothe auf Schloß Karge 20 Thlr., vom Hrn. Rechnungsrath Zakierelli hier 10 Thlr. ꝛc. Bis zum 10. d. M. beläuft sich der Gesammtbeitrag der eingegangenen Summen auf rund 1632 Thlr. Außerdem hat Hr. Apotheker Knechtel von hier auf die Bezahlung seiner 17 Thlr. 22 Sgr. betragenden Rechnung für Medikamente, die er auf Anweisung des Frauenvereins für verwundete und kranke Familienglieder Einberufener geliefert, verzichtet.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

—r. **„Aus dem Schuldbuch Louis Bonapartes.“** Von diesem Werke ist vor wenig Tagen bei A. Kröner in Stuttgart der zweite Band erschienen. Wie alle Schriften von Gustav Rasch verräth auch die vorgenannte das doppelte Bestreben des Verfassers, etwas Interessantes zu liefern und zugleich gegen die Tyrannei oder das, was er so nennt, zu donnern, und dies wird in dem bekannten Barikadenstil vollbracht. Daß durch solche Neigungen nicht die Voraussetzungen einer unparteischen Geschichtsforschung geboten werden, versteht sich von selbst, und darauf wird wohl auch der Verfasser keinen Anspruch erheben; was er jedoch beabsichtigt: die Pikanterie, gelingt ihm meist trefflich, und wir müssen deshalb bekennen, daß die Lektüre seines neuesten Werkes sehr unterhaltend und trotz alledem und alledem in mehr als einer Beziehung belehrend ist, etwa wie die Anklage eines Volksmannes, der einen Akt der Lynchjustiz leitet.

Statistisches. Der preußische Staat besaß am Schlusse des Jahres 1868 überhaupt 819 landwirthschaftliche Vereine, davon sind 31 Zentral- oder Provinzialvereine, 618 Zweigvereine und 176 nicht klassifizirte Vereine. Diese Vereine zählen zusammen 109,990 Mitglieder und zwar 4810 beitragsfreie und 105,186 beitragspflichtige. Hinsichtlich der Vermögenslage so besaßen die Vereine ein Kapitalvermögen von 353,674 Thlr., dagegen Schulden 18,899 Thlr. Die Jahreseinnahmen mit Ausschluß der Staatszuschüsse beliefen sich in 1868 an Ein- und Antrittsgeld auf 3,548 Thlr., an ordentlichen Beiträgen der Mitglieder auf 150,587 Thlr., an außerordentlichen Beiträgen 5539 Thlr., an Zinsen von ausstehenden Kapitalien und verpachteten Grundstücken 13,099 Thlr., an Zuschüssen und Geschenken von Feuer- und anderen Versicherungen, Gesellschaften 21,319 Thlr., an anderen verschiedenen Einnahmen 63,300 Thlr. Zusammen 268,299 Thlr. — Von den Eingangs gedachten Vereinen treffen auf die Provinz Posen überhaupt 32, davon sind 2 Zentralvereine, 21 Zweigvereine und 9 nicht klassifizirte Vereine. — An beitragspflichtigen Mitgliedern waren vorhanden 2173 und an beitragsfreien 27, zusammen 2200. Das Kapital-Vermögen bestand in 8824 Thlr. ohne Schulden. Die Jahreseinnahmen mit Ausschluß der Staatszuschüsse beliefen sich in 1868 auf 10 Thlr. Antrittsgelder, 3733 Thlr. ordentliche Beiträge der Mitglieder, 218 Thlr. außerordentliche Beiträge, 364 Thlr. an Zinsen für ausstehende Kapitalien und verpachteten Grundstücken, 180 Thlr. an Zuschüssen aus städtischen, Kreis- und Kommunalfonds, 1808 Thlr. an anderen verschiedenen Einnahmen, zusammen 6315 Thlr.

Vereine und Vorträge.

Im Handwerkerverein hielt Hr. Oehlschläger am Montage einen Vortrag: Pariser Erinnerungen 1867. Der Vortragende knüpfte in der Einleitung an einen, früher von ihm gehaltenen Vortrag über den „Franzosenkrieg 1870“ an, in welchem die Kriegsereignisse bis zur Kapitulation von Sedan geschildert worden waren, ging sodann zu den späteren Ereignissen, der Zernirung von Paris, sowie den siegreichen Schlachten der deutschen Heere gegen die zum Entsatze der bedrängten Hauptstadt herbeieilenden französischen Heere über, und theilte nun mancherlei Erinnerungen aus der Zeit seines Aufenthaltes in Paris während der Weltausstellung d. J. 1867 mit. Der Vortragende war speziell, um die Ausstellung zu studiren, Anfang Oktober 1867 nach Paris gereist, war 5 Wochen lang dort geblieben, und hatte während dieser Zeit Gelegenheit gehabt, außer der Ausstellung auch Paris und dessen Umgebung kennen zu lernen. Der Vortragende theilte nun aus dem „Petit Almanach impérial pour 1868“ mehrere interessante Stellen aus dem Abschnitte: „Die Könige und die fremden Fürsten auf der Ausstellung“ mit. Es heißt da: „Der König Wilhelm I. und sein Minister Bismarck wurden in Paris mit mehr Neugierde als Sympathie empfangen“. Bismarck unterhält sich in hinreißender Weise und hat sehr in Paris gefallen.“ Der Vortragende sprach ferner über einzelne Theile der Ausstellung, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen in einem ganz besonderen Lichte erscheinen: über die Reiterstatue unseres Königs von Drake, über die riesigen bochumer Gußstahlglocken, die jeden Tag geläutet wurden, so daß die Pariser sagten: Was aber die Preußen für vielen Lärm machen! (tant de bruit), während ihnen gegenwärtig mit Gußstahl-Instrumenten anderer Gattung aufgespielt werde; ferner über die Krupp'schen Kanonen, über die verschiedenen Zündnadelgewehre, über die maritime Ausstellung Frankreichs, über die Ausstellung alles dessen, was zur Pflege der im Kriege Verwundeten geschieht, wobei das Abzeichen der Genfer Konvention, welche gegenwärtig die Franzosen so wenig respektiren, prangte; über den großen Luftballon, mit welchem der Vortragende in Gemeinschaft mit 12 Personen etwa 1000 Fuß hoch emporstieg ꝛc. Dann beschrieb derselbe eine Vergnügungsfahrt nach Versailles, wo gerade an jenem Tage die großen Fontänen zum letzten Male im Jahre sprangen. Auf der Rückfahrt nach Paris passirte der Vortragende Schloß und Park von St. Cloud, und fuhr am Mont Valerien vorbei. In einem späteren Vortrage wird derselbe über den südlichen Stadttheil und über die Festungswerke von Paris sprechen. Erläutert wurde der Vortrag durch eine

(Fortsetzung in der Beilage.)

sehr große Wandkarte von Paris, kleinere Pläne der Weltstadt und mancherlei Photographieen. — Im Fragekasten fanden sich mehrere Fragen meist naturwissenschaftlichen Inhaltes vor, und wurden dieselben theils von Herrn Gräter, theils von Herrn Oehlschläger beantwortet. Auch zeigte der letztere die Anwendung des Probirsteines und der Probirnadeln der Goldschmiede. Gegen den Wunsch, daß ein Tanzkränzchen möge veranstaltet werden, sprach sich mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse sowohl der Vorstand, als die große Mehrheit der Versammlung aus.

Vermischtes.

* **Nero als Heiliger.** Die Spanische Regierung nahm kürzlich in einer der Römisch-katholischen Kirchen Aragons eine Statue Nero's in Beschlag, die lange Jahre als Altar-Figur benutzt worden war und der viele gläubige Katholiken ihre Gebete und Opfer dargebracht haben, da sie glaubten, die Bildsäule stelle den heiligen Paulus dar.

* **Die erste protestantische Kirche in Rom** ist am 19. Januar eröffnet worden. Ueber der Thür derselben liest man die Ueberschrift: „Freie Kirche im freien Staat."

** **Die österreichische Regierung** hält an dem Plane einer internationalen Industrieausstellung in Wien, im Jahre 1873, fest, und hat ein leitendes Komite unter Vorsitz des Konsulatskanzlers in Paris, Freiherr v. Schwarz, eingesetzt.

* **Franz Grillparzer** erhielt am 15. Januar, seinem 80. Geburtstage, von dem Könige von Preußen den Orden pour le mérite.

Briefkasten.

Żerkow. Annonyme Einsendungen können grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

Das deutsche Heer umzingelt hat
Paris, die prahlerische Stadt;
Man weiß, die eingeschloss'ne Schaar,
Die wollte unsern König gar
Zum Grafen machen von der Mark!
Jetzt thront er im Versailler Park
Und dorthin brachte man zum Lohne,
Ihm gar die deutsche Kaiserkrone.

Man glaubt zu träumen, wenn man denkt,
Wie wunderbar es Gott gelenkt;
Wie märchenhaft! das Riesenwerk
Der Kampf auf dem Spicherenberg.
Auf Wilhelmshöh Napoleon,
Geflohn sein Weib und auch sein Sohn.
Sah je ein Volk so rasch man siegen,
Und so den Feind darniederliegen? —

Und weiter dringt das deutsche Heer
Denn die Franzosen laufen sehr!
Sie sammeln sich an der Loir',
Da machte man es ihnen klar,
Daß Einigkeit und Heldenmuth
Mehr gilt als ihre blinde Wuth.
Reizet niemals mehr Germanen,
Die sterben gern bei ihren Fahnen!

Paris, du bist nun dicht umstellt,
Kein Deutscher scheut die Winterkält',
Ergeben will sich's nimmermehr!
Trochu, täusch' dich nur nicht zu sehr!
Teutonen lassen niemals nach,
Bis sie vollendet ganz die Sach';
Drum mög' Gott die Herzen lenken,
Und uns nur bald den Frieden schenken!

Wallhaide Schnitz.

Die am 20. September v. J. ausgeloosten Wreschener Kreis-Obligationen
Littr. A über 500 Thlr. — Nr. 54.
Littr. B. über 100 Thlr. — Nr. 100, 170 und 172.
Littr. C. über 50 Thlr. — Nr. 13, 90, 94, 102, 147, 157 und 197.
sind in koursfähigem Zustande mit den Koupons vom 1. April cr. ab gegen Baarzahlung des Nennwerths zurückzuliefern bei:
der Kreis-Kommunal-Kasse in Wreschen,
dem Handlungshause X. C. Plaut in Leipzig,
der Wechselhandlung R. Seegal in Posen,
An Einlösung der früher bereits ausgeloosten Obligationen:
Littr. A. über 500 Thlr. — Nr. 20,
Littr. B. über 100 Thlr. — Nr. 168.
Littr. C. über 50 Thlr. — Nr. 2, 47 und 168.
wird gleichfalls erinnert.
Wreschen den 5. Januar 1870.
Königlicher Landrath.
Feige.

Handels-Register.

Zufolge Verfügung vom 10. Januar d. J. ist heute eingetragen:
I. in unser Firmen-Register unter Nr. 1222 die Firma **A. Scheel** zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann **August Ludwig Scheel** daselbst.
II. in unser Register zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft,
a) unter Nr. 261 die von dem Kaufmann August Ludwig Scheel zu Posen für seine Ehe mit **Rosa Krüger** durch Vertrag vom 8. Dezember 1870,
b) unter Nr. 262 die von dem Kaufmann **Jacob Rosenfeld** zu Posen für seine Ehe mit **Henriette Moritz** durch Vertrag vom 28. Dezember 1870,
c) unter Nr. 263 die von dem Kaufmann **Michaelis Urban** zu Posen für seine Ehe mit **Sara Schön** durch Vertrag vom 28. Dezember 1870.
ausgeschlossene Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes, und zwar in Betreff der zu a und b genannten Personen mit der Bestimmung, daß das Vermögen der Rosa Krüger und Henriette Moritz, die Eigenschaft des vorbehaltenen Vermögens haben soll.
Posen, den 11. Januar 1871.
Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Zu dem Konkurse über das Vermögen der Handlung **Merdas** und **Knoll** zu Grätz, hat der Brauereibesitzer H. Bibrowicz zu Grätz nachträglich eine Forderung von 238 Thlr. nebst 6% Zinsen seit dem 7. Juni 1868 für Bier, ohne ein Vorrecht zu beanspruchen, angemeldet.
Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist auf den
16. Februar cr.,
Vormittags 11 Uhr
vor dem unterzeichneten Kommissar im Terminszimmer Nr. 8 anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntniß gesetzt werden.
Grätz, den 10. Januar 1871.
Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.
Der Kommissar des Konkurses.

Bekanntmachung.

Im Auftrage des Herrn Provinzial-Steuer-Direktors zu Posen wird das unterzeichnete Haupt-Amt und zwar im Amtslokal der Steuerrezeptur zu Kostrzyn
am 8. Februar d. J.,
Vormittags 10 Uhr,
die Chausseegeld-Hebestelle zu Paczkowo zwischen Schwersenz und Kostrzyn an den Meistbietenden mit Vorbehalt des höheren Zuschlages vom 1. April d. J. ab zur Pacht ausstellen.
Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens 200 Thlr. baar oder in annehmbaren Staatspapieren bei der Steuer-Rezeptur in Kostrzyn zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen werden.
Die Pachtbedingungen können sowohl bei uns, wie auch bei der Steuer-Rezeptur in Kostrzyn von heute an während der Dienststunden eingesehen werden.
Pogorzelice, den 12. Januar 1871.
Königliches Haupt-Zoll-Amt.

Die Schüler meines verstorbenen Mannes, die noch das rückständige Stundengeld schulden, werden ersucht, um Weitläufigkeiten zu vermeiden, dasselbe an Hrn. Lehrer Förster, Dom 7, abzugeben.
Posen, den 18. Januar 1871.
Emilie Keyl.

Kiefern-Schneide- u. Langholz-Verkauf für die Forsten des Majorats Obrzycko.

Unter den in jedem Termin bekannt zu machenden Bedingungen sind folgende Holzverkaufstermine angesetzt:
I. Für das an beiden Seiten in Nähe des schiffbaren Warthestroms belegene Revier Obrzycko **auf Dienstag den 7. Februar c.**, Vormittags 10 Uhr, in **Obersitzko** im Gasthofe der Frau **Grüneberg**. (Stationen Wronke und Samter.)
II. Für das im Kreise Chodziesen belegene Revier Wyszyn, wovon die Holzabfuhr gewöhnlich zur schiffbaren Netze erfolgt, **auf Montag den 23. Januar c.**, Vormittags um 11 Uhr, in Forsthaus **Grünewald** bei Chodziesen.
Für die im Revier Obrzycko verkauften Langhölzer werden den Herren Käufern eigene Ablagen zur Mitbenutzung frei überwiesen.
Grünberg, den 16. Januar 1871.
Gräflich Raczynski'sches Forstamt.

Auktion!

Freitag den 20. Januar, Vormittags von 9 Uhr ab, werde ich im Auktionslokale, Magazinstraße Nr. 1, **diverse Möbel, Kleidungsstücke und Betten** öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.
Rychlewski,
königlicher Auktionskommissarius.

Steppereien à Elle 1 Pf. und 2 Pf. werden sauber und schnell abgearbeitet, auch wird daselbst gleich Wäsche mit gothischen Buchstaben aufs allerbilligste gezeichnet
Große Gerberstraße Nr. 20. 2 Treppen links.

Meter-Maaß.

Berechnungen für **bauliche Zwecke** jeder Art nach dem neuen **Metermaaße** werden gefertigt für **hier und außerhalb**, durch den Bau-Techniker
G. Drewitz,
Graben Nr. 3b.

Drainröhren

in allen Dimensionen hat großen Vorrath und empfiehlt
A. Krzyżanowski.

Zuchtvieh-Auktion

zu Dom. Milewken bei Neuenburg, West-Preußen.
Freitag, den 24. Februar von Vormittags 10 Uhr ab, über **12 Bullen** 1 bis 5/4 jährig, reinblütige Amsterdamer Race (Heerde-B. III. Band) **8 tragende Färsen** 2 bis 2⅓ jähr derselben Race; **30 junge Eber u. Sauen** Berkshire und Yorksh. Race; **2 drei- und vierjährige Stuten, ¾ engl. Vollblut**
Am Auktionstage stehen Wagen auf dem 1 Meile entfernten Bahnhof Czerwinsk (Ostbahn) bereit.
P. Fournier.

Zwei gesunde Pferde stehen billig zum Verkauf. Näheres bei **Kletschoff**, Krämerstr. 1.

Bei dem Handelsmann **W. Wullge** in Herrnstadt i. / Schl., Bahnstation Rawitsch sind zu jeder Zeit auf Bestellung
gute Zugochsen
verschiedener Stärke zu haben.
Wilhelm Wullge, Handelsmann.



Auktion
über 27 **Rambouillet-Vollblut-** und 22 **Halbblut-Böcke**
am 6. Februar, Mitt. 12 Uhr zu Gerswalde bei Wilmersdorf und Prenzlau.
A. Finck.

Mein **Institut** für **Augenkranke** in Berlin befindet sich Maurerstr. 8. Dr. **Wurm**

Die Badeanstalt Mühlenstraße 21 ist wieder geöffnet.

**Gut gestrickte wollene Socken,
Flanell-Hemden,
Wollene Jacken,
Wollene Unterbeinkleider,
Leibbinden,
Jagdwesten,
Feld-Baschliks,**
sowie **alle Tricotage-Artikel** in Seide, Wolle, Vigogne und Baumwolle in **größter** Auswahl zu den **billigsten** Preisen.
Posen, Markt 63.
Robert Schmidt
(vorm. Anton Schmidt).

Schwedische Jagd-Stiefel-Schmiere.
aus der Fabrik von **C. G. Hauke**, Militsch.
In Dosen à 5, 10 u. 18 Sgr.
Bei regelmäßigem Gebrauch dieser reinen fetten Lederschmiere wird jedes lederne Schuhwerk, Treibriemen, Spritzenschläuche, Wagenverdecke und Geschirre vollkommen wasserdicht und jahrelang vor Bruch geschützt.
Niederlagen
in Posen bei Hrn. K. Brasch.
„ Wreschen bei Hrn. Hermann Zabiriński
„ Ostrowo bei Hrn. C. Zakobielski.
„ Krotoschin bei den Hrrn. Glatzel & Sohn.

Lb. Hechte, Zander, Barsen u. Bleie empf. Donnerstag Ab. 4½ Uhr **Kletschoff**.

Jauersche und Langenwürstchen! Aufschnitt größter Auswahl. Morgen Abend Fische.
Sam. Neufeld.

A. Roeschke,
Wronkerstraße 3,
empfiehlt bestes
Wurstfett,
klar und fest, bei Abnahme eines ¼ Ctr. denselben mit 4 Thlr. 5 Sgr.

Die ersten hochr. süßen Himb.-Apfelsinen, saftr. Citronen u. fetten Räucherlachs empf. Kletschoff

Pr. Lotterie-Loose zur 2. Klasse 143. Lotterie.
Ziehung am 7., 8. und 9. Februar in

1/1	1/2	1/4	1/8
à 32 Thlr.	à 16 Thlr.	à 8 Thlr.	à 4 Thlr.

1/16	1/32	1/64
à 2 Thlr.	à 1 Thlr.	à 15 Sgr

versendet gegen Postvorschuß oder Einsendung des Betrages auf gedruckten Antheilscheinen.
Gustav Brand
in Nakel.

Glück im neuen Jahr.

Große Braunschweiger Geldverloosung.

Von der Regierung genehmigt und garantirt.
Gewinne **Thlr. 100,000, 60,000, 40,000, 20,000, 15,000, 12,000, 10,000, 8000, 6000, 2mal 5000, 4mal 4000, 12mal 2000, 24mal 1500, 104mal 1000, 150mal 400, 250mal 200, 360mal 100 und über 20,000 kleinere** Gewinne. Der niedrigste Gewinn deckt den Einsatz. Ziehungs-Anfang am 26.—27. Januar. **Ganze Original-Staats-Loose 4 Thlr., halbe 2 Thlr., viertel 1 Thlr.** Loose, amtliche Listen und Gewinngelder werden nach den Ziehungen **prompt** und **franco** übersandt. Pläne gratis. Aufträge beliebe man baldigst **direkt** zu richten an
D. Kaufmann,
Bank- und Wechsel-Geschäft.
Hamburg.

Frankfurter Lotterie.

Ziehung 25. dieses Monats.
Hauptgewinn 12,000 fl.
Die Erneuerung der Loose zweiter Klasse muß spätestens am **24.** d. Mts. erfolgen. Pläne und Ziehungslisten gratis.
Das neue Lotterie-Comtoir
S. Litthauer,
Wilhelmspl. Nr. 17.

Preuß. Lotterie 2. Klasse, 7. 8. u. 9. Febr.
Hierzu versendet **Antheilloose** ¼ 8 Thlr., ⅛ 4 Thlr., 1/16 2 Thlr., 1/32 1 Thlr.
H. Goldberg, Lotterie-Comptoir, Monbijouplatz 12, Berlin.

Kgl. Pr. Frankf.-Lotterie,
älteste und vortheilh. Lotterie Deutschlands. Hauptgew.: 200,000, 100,000, 50,000, 20,000 2c. 2c. empfiehlt g. Postv. oder Betrag. Original-Loose:

1/1	1/2	1/4	1/8
11⅓ Thl,	5⅔ Thl,	2⅚ Thl,	1½ Thl,

1/16	1/32
22½ Sgr,	22 Sgr

Ziehung 25. d. M. **Glück auf!**
Der Kgl. Hoflieferant **Ad. Behrens** in Berlin, 29. Prenzlauerstraße 29., im eigenen Hause. — NB. Loose zur Preuß. Staatslotterie billigst.

Eine
geräumige Wohnung
im 1. Stock des Hauses Königsstraße 19 ist nebst Remise, Pferdestall 2c.
vom 1. April d. J.
zu vermiethen.
Man beliebe sich beim Hausverwart im Keller zu melden.

Ein gr. freundl. möbl. Zimmer vorn her. Schuhmacher-Str. 11 (Neue Posthalt.) sofort zu verm. Näh. daselbst 3. Etage links.

Wilhelmsplatz 6,
1 Treppe, sind 2 Zimmer zu verm. Näheres in der **Lissner**'schen Kunsthandlung.

Zwei fein tapezirte Zimmer mit oder ohne Möbel sind vom 1. Febr. Halbdorfstr. 32b. im 1. Stock zu vermiethen.

Im ehemaligen
Gymnasial-Gebäude,
gegenüber der Pfarrkirche, ist vom 1. Jan. 1871 ab die erste Etage im Ganzen oder theilweise zu vermiethen.
Näheres zu erfahren bei
A. Kunkel junior,
Wasserstraße 31.

Königsstraße 2, ist die 1. Etage, bestehend aus 6 Piecen nebst Zubehör, zum 1. April zu vermiethen.

Juden- und Teichstraßen-Ecke sind Wohnungen zu vermiethen.
E. F. Wildegans.

Ein **Stellmacher-Meister**, praktisch und theoretisch gebildet, wünscht entweder von George d. J. resp. sofort bei einer größeren gräflichen oder anderen Herrschaft Stellung zu nehmen. Gef. Offerten pr. Adr. **Schulzenamt Pfarski bei Posen.**

Stellensuchende

jeder Branche, Land- und Forstwirthe, Kaufleute, Apotheker, Lehrer, Lehrerinnen, Techniker, 2c. 2c. finden ohne weitere Kosten offene Stellungen in Auswahl in dem jeden Sonnabend erscheinenden
Central-Organ
für offene Stellen,
herausgegeben vom Landwirthschaftlich-technischen Institut, Berlin
Abonnement für 5 Wochen 1 Thlr.
„ „ 3 Monate 2 Thlr.
pränumerando per Postanweisung.
Zusendung erfolgt franco. Briefe und Bestellungen an die Redaktion: **C. W. Kruse** in Berlin, Lindenstraße 34.

Ein
Bureau-Vorsteher oder Kanzelist,
der vor Allem polnisch schreiben kann, findet bei mir Stellung.
Kosel O./Schl.
Wannowski, Rechtsanwalt.

Leistungsfähige Agenten
werden in Provinz Posen in den Städten, sowie auf dem Lande unter vortheilhaften Bedingungen, für drei inländische höchst beliebte und sichere Gesellschaften für
Hagel-, Feuer und Lebens-Versicherungs-Branche
gesucht. Bewerber belieben ihre Offerten unter Angabe der zu reflectirenden Branche **recht schleunigst** an die **Annoncen-Expedition** von **Haasenstein & Vogler** in **Berlin** sub **W. A. 127.** einzureichen.

Ein erfahrener
Hofverwalter,
der deutschen und polnischen Sprache mächtig, wird bei gutem Gehalt gesucht.
Sendzin, bei Buk. **Wandelt.**

Dom. **Plawce** bei Wengierskie, Kreis Schroda, braucht einen tüchtigen brauchbaren
Schäfer.
Nur persönliche Meldungen werden berücksichtigt.
Heickerodt.

Ein gewandter
Commis,
mosaischen Glaubens, findet in meinem Colonial- und Farbenwaaren-Geschäfte
sofort, oder
zum 1. April cr.,
eine Stelle.
Nur persönliche Bewerbungen unter Vorlegung von Zeugnissen werden berücksichtigt.
M. Wassermann
in Posen.

Ein junger Mann vom Baufach
sucht Beschäftigung, auch würde ihm jedwede Beschäftigung im Bureaufach angenehm sein.
Näheres in dieser Expedition der Zeit. sub. **A. 100.**

Eine zuverlässige, rüstige

Kinderfrau

wird zu baldigem Antritt gesucht. Domaine **Nochowo** bei Schrimm.

Oberamtmann Kinder.

Lehrlingsstelle

vakant in ***Elsner's*** Apotheke.

Ein Laufbursche wird gesucht von **Joseph Jolowicz**, Markt 74.

Einen Lehrling mit guten Schulkenntnissen und schöner Handschrift sucht

S. Litthauer,
Wilhelmsplatz Nr. 17.

Stellen-Gesuch.

Ein junger Mann, der mit der Galanterie und Kurzwaaren-Branche vertraut ist, sucht bald oder per 1. April Engagement.

Gefällige Offerten beliebe man unter *N. N. 13.* poste restante Ostrowo zu senden.

Die dem Herrn **Hentschel**, in dem Schanklokale des Herrn Gustav Hoffmann zugefügte Beleidigung wiederrufe ich hiermit öffentlich und füge hinzu, daß er die Wahrheit gesprochen hat, da ich es ihm selbst gesagt habe.

Schmiegel, den 5. Januar 1871.

Joh. Gottlieb Hoffmann,
Müllermeister.

---

10 Thaler Belohnung

Demjenigen, der einen vor wenigen Tagen in Przedslaw bei Rokietnica gestohlenen Bärenpelz mit schwarzem Ueberzug wiederschafft und abgiebt beim Dom. Przedslaw.

Ich warne Jeden vor dem Ankaufe von Wechseln, welche von dem königl. Domänenpächter Rudolph von Schlichting zu Regielsko, meinem Schwager, zum Verkaufe angeboten werden und auf welchen mein Name als Acceptant oder Aussteller verzeichnet ist.

Wissek, den 16. Januar 1871.

Der Gutsbesitzer Wilhelm Richter.

Ein Hauslehrer,

Theologe, welcher auch den Musikunterricht leitet, wünscht zum 1. April Stellung. Das N. die Expedition dieser Zeitung.

Es ist am Sonntage ein preußischer Justiz-Kalender mit Militairpapieren auf dem Wege vom Wilhelmsplatz über die Wilhelms- nach der Halbdorfstr. bis Nr. 15 verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird ersucht, solchen in Tilsner's Hotel garni gegen 2 Thl. Belohnung abzugeben.

Verein junger Kaufleute.

Donnerstag den 19. d. Mts.
Abends **8** Uhr:

1. Vorlesung des Hrn. ***Rud. Genée:*** **„Die Lästerschule" von Sheridan.**

Der Vorstand.

Familien-Nachrichten.

Am 16. d. M., Abends $10\frac{1}{2}$ Uhr, entschlief sanft in Gott

Josepha Alexandra Krisan,
geb. Kilińska.

Die Beerdigung findet am Freitag, 3 Uhr Nachmittags, vom Trauerhause, Ziegenstraße Nr. 11 statt.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Nach kurzen aber schweren Leiden ist heute $5\frac{1}{2}$ Uhr unser theures Enkelchen Richard im Alter von $8\frac{3}{4}$ Jahr sanft dem Herrn entschlafen. Die Beerdigung findet Sonnabend den 21., Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Gr. Gerberstraße 49, aus statt.

X. Schwarz.

Statt jeder besonderen Meldung.

Gottes heiliger Rathschluß über mich und die Meinigen war noch nicht ganz erfüllt, als ich unterm 13. d. M. den Tod meiner innig geliebten Gattin anzeigte.

Der vorangegangenen seligen Mutter ist **heut** um die Mittagsstunde ihre hinterbliebene einzige 17jährige Tochter

Adelheid,

mein viel geliebtes, rosiges und immerdar heiteres Kind, unter ähnlichen Krankheitserscheinungen schnell nachgefolgt.

Mein Herz blutet — aber mein Wille ruht in Gott.

Posen, den 17. Januar 1871.

v. Bünting,
Ober-Regierungsrath.

Todes-Anzeige.

Gestern früh um 10 Uhr verstarb nach kurzen Leiden an den Folgen des Blutsturzes meine geliebte Frau Charlotte Studt geb. Neumann, was ich hiermit Freunden und Bekannten tiefbetrübt anzeige.

Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause, Friedrichsstr. 38, statt.

Posen, den 18. Januar 1871.

Eduard Studt.

Im Verfolg unserer Anzeige vom gestrigen Tage die ergebene Mittheilung, daß unser verstorbenes Töchterchen, morgen Nachmittag 3 Uhr, von unserer Wohnung aus, zur Beerdigung abgeführt wird.

Posen, den 18. Januar 1871.

Der Regierungs-Sekretair Rosenbaum nebst Frau.

Saison-Theater in Posen.

(Königsstraße Nr. 1.)
Direktion: ***C. Schäfer.***

Mittwoch, den 18. Jan. **Erstes Gastspiel des Physikers Hrn. Max Oelsner aus Berlin, mit den künstlich belebten Pracht-Hydrooxigengas-Bildern. Dazu Das Mädel ohne Geld**, Lebensbild mit Gesang in drei Aufzügen von O. F. und Jacobsohn. Musik von Leonhard. Entree für Sperrsitz und Logen 5 Sgr., Balkon 3 Sgr., Gallerie 2 Sgr.

Stadt-Theater in Posen.

Donnerstag den 19. Jan. **Gewonnene Herzen. Volksstück mit Gesang in 3 Akten von Hugo Müller. Musik von R. Bial.**

In Vorbereitung: **Die Journalisten.** Lustspiel in 4 Akten von Gustav Freitag. **Preußisches Strafrecht.** Lustspiel in 3 Akten von Otto Girndt.

Emil Tauber's

Volksgarten-Theator.

Mittwoch den 18. Januar.
Vorstellung ohne Tabaksrauch.
Englisch.
Beckers Geschichte 2c.
Die Direktion.

Donnerstag den 19. Jan. c. **Eisbeine** bei ***A. Kellner,*** Wallischei 3.

Morgen Donnerstag, **Eisbeine** bei **J. Blaik,** Wronkerstr. 10.

Börsen-Telegramme.

Newyork, den 17. Januar. Goldagio 10¾, 1882. Bonds 109½.

Berlin, 18. Januar. (**Anfangs-Kurse.**) **Weizen** beh., pr. Jan. 74¾, April-Mai 76. — **Roggen** still, loko 51, Jan.-Febr. 51½, Febr.-März 15¾, April-Mai pr. 1000 Kilogr. 52½. — **Rüböl** still, loko 28. 8, Januar 28. 3, April-Mai 28. 12. — **Spiritus** still, per Jan.-Febr. 16. 26, April-Mai 17. 9, Mai-Juni 17. 14. per 10,000 Litres (in Rt. u. Sgr.) — **Hafer** —, pr. Jan. 47¾ pr. 100 Kilogramm. — **Petroleum** loko 16. 8. — **Staatsbahn** 205¼. — **Lombarden** 101¼. — **Italiener** 54⅝. — **Amerik.** 95⅜. — **Oesterr. Kredit-Aktien** 135¼. — **Türken** 41⅝. —. 7½ pCt. **Rumänier** 51⅞.

Fondsstimmung: befriedigend.

Stettin, den 18. Januar 1871. (**Telegr. Agentur.**)

		Not. v. 17.			Not. v. 17.
Weizen still,			**Rüböl** geschäftsl., loko	28¼	28¼
Januar	75	75	Januar	28	28
April-Mai	76½	76½	April-Mai	28⅝	28⅝
			Mai-Juni	—	—
Roggen matt,			**Spiritus** matt, loko	$16\frac{7}{24}$	16⅓
Januar	52	53	Januar	$16\frac{5}{12}$	16⅓
Frühjahr	53	54¼	Frühjahr	17	$17\frac{1}{12}$
Mai-Juni	53¾	54	Mai-Juni	17¼	17¼
Erbsen		—	**Petroleum** loko	—	—

Posener Marktbericht vom 18. Januar 1871.

		Preis. Höchster Rt.	Sgr.	Pf.	Mittlerer Rt.	Sgr.	Pf.	Niedrigster Rt.	Sgr.	Pf.
Weizen fein, der Scheffel zu 84 Pfund		3	2	6	3	—	—	2	27	6
mittel		2	25	—	2	22	6	2	20	—
ordinair		2	17	6	2	15	—	2	10	—
Roggen, fein	80	1	28	9	1	28	6	1	28	—
mittel		1	27	3	1	27	—	1	26	6
ordinair		1	26	6	1	26	—	1	25	6
Große Gerste	74	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kleine		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer	50	1	—	—	—	29	6	—	29	—
Kocherbsen	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Futtererbsen		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Winter-Rübsen	74	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Raps		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sommer-Rübsen		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Raps		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	70	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wicken	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lupinen, gelbe	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—
blaue		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rother Klee, der Centner zu 100 Pfund		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weißer		—	—	—	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Börse zu Posen

am 18 Januar 1871.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 82¾ G., do. Rentenbriefe 84½ G., do. 5% Provinz.-Oblig. —, do. 5% Kreisoblig. —, do. 4½% do. —, poln. Banknoten 78 B. Rumänische 7½% Eisenbahn Oblig. —, 5% Nordd. Bundesanleihe 96½ G.

[**Amtlicher Bericht.**] **Roggen** pr. Jan. 47½, Jan.-Feb. 47½ Febr.-März 48, Frühjahr 50, April-Mai 50, Mai-Juni 51.

Spiritus [mit Faß] gekündigt 12,000 Quart. pr. Jan. 14⅔, Febr. 14⅔, März $14\frac{11}{12}$, April 15⅓, Mai 15⅔, Juni 15⅔. Loko-Spiritus (ohne Faß) $14\frac{7}{24}$—14⅜.

[**Privatbericht.**] **Wetter:** mild. **Roggen:** ruhig. pr. Jan. 47½ bz. u. B., Jan.-Febr. do., Febr.-März 48 bz. u. G., Frühjahr $49\frac{11}{12}$—50 bz. u. B., Mai-Juni 51 bz. u. G.

Spiritus: flau Gekündigt 12,000 Quart. pr. Jan. 14⅔ bz. u. G., Febr. 14⅔ bz. u. G., März $14\frac{11}{12}$ bz. u. G., April 15⅓ B. u. G., Mai 15⅔ G., April-Mai 15⅔ G., Juni 15⅔ B., Juli 16⅓ B. Loko ohne Faß $14\frac{7}{24}$—⅓ bz.

Produkten-Börse.

Berlin, 17. Jan. **Wind: SSW. Barometer: 27°. Thermometer:** 1° +. **Witterung:** trübe. — **Der heutige Markt zeigt an Stelle der überwiegenden Kauflust für Roggen ein reichlicheres Angebot auf alle Termine und es haben die Preise nicht unerheblich nachgeben müssen, ehe die Offerten sämmtlich Unterkommen haben finden können. Loko ging es nicht so gut wie gestern; die besseren Sorten fanden noch leidlich bequeme Verwendung.** Gekündigt 5000 Ctr. Kündigungspreis 51⅔ Rt per 1000 Kilogr. — **Roggenmehl** etwas billiger. — **Weizen** flau, loko nur feine Waare beachtet, Termine niedriger. — **Hafer** loko vernachlässigt, Termine matter. — **Rüböl** bei zurückhaltender Kauflust in sehr matter Haltung und etwas niedriger im Werthe. Gekündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 28¼ Rt. per 100 Kilogr. — **Spiritus** sehr still und sehr matt. Gekündigt 30,000 Liter. Kündigungspreis 16 Rt. 28 Sgr. — **Weizen** loko pr. 1000 Kilgr. 60—76 Rt. nach Qual., per diesen Monat —, April-Mai 76—75¾ Rt. bz., Mai-Juni 77—76⅝ bz., Juni-Juli 78⅜—78 bz., Juli-Aug. 79⅛ bz. — **Roggen** loko pr. 1000 Kilgr. 50—53 Rt. bz., per diesen Monat 51⅞ bz., Jan.-Febr. do., Febr.-März 52—51⅞ bz., April-Mai 52⅞—52½ bz., Mai-Juni 53¾—53½ bz., Juni-Juli 55—54⅝ bz. — **Gerste** loko per 1000 Kil. große und kleine 39—62 Rt. nach Qual. — **Hafer** loko per 1000 Kilgr. 38—52 Rt. nach Qual., per diesen Monat 46½ B., Jan.-Febr. do., April-Mai 47¾ B., Mai-Juni 48½ B. — **Erbsen** pr. 1000 Kilgr. Kochwaare 52—62 Rt. nach Qual. Futterwaare 44—50 Rt. nach Qual. — **Leinöl** loko per 100 Kilgr. ohne Faß 23⅔ Rt. — **Rüböl** pr. 100 Kil. loko ohne Faß 28⅓ Rt., flüssiges 28¾ Rt. B., per diesen Monat 28¼—⅛ bz., abg. Anm. $28\frac{1}{12}$ bz., Jan.-Febr. do., Febr.-März 28⅓ bz., April-Mai 28½ Rt., Mai-Juni $28\frac{7}{12}$ Rt., Jan., Jan.-Febr. u. Febr.-März im Verbande 28½ bz., Sept.-Okt. 2·⅓—¼ bz. — **Petroleum** raffin. (Standard white) pr. 100 Klgr. mit Faß: loko 16½ Rt., per diesen Monat 16—$15\frac{11}{12}$ Rt. bz., Jan.-Febr. $15\frac{7}{12}$ bz., Febr.-März 15 bz., April-Mai 14½ bz. — **Spiritus** pr. 100 Liter à 100% = 10,000% loko ohne Faß 16 Rt. 11 Sgr. bz., loko mit Faß —, per diesen Monat 16 Rt. 29—26 Sgr. bz., Jan.-Febr. do., Febr.-März 17—16 Rt. 28 Sgr. bz., März-April 17 Rt. 4 Sgr. bz., April-Mai 17 Rt. 12—9 Sgr. bz., Mai-Juni 17 Rt. 15—13 Sgr. bz., Juni-Juli 17 Rt. 25—23 Sgr. bz., Juli-August 18 Rt. 2 Sgr. bis 18 bz. — **Mehl.** Weizenmehl Nr. 0 10½—10 Rt., Nr. 0 u. 1 9⅔—$9\frac{7}{12}$ Rt. Roggenmehl Nr. 0 8¼—7⅔ Rt., Nr. 0 u. 1 7⅔—$7\frac{5}{12}$ Rt. pro 100 Kilog. Brtt. unverst. inkl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 pr. 100 Kil. Brtt. unversteuert inkl. Sack; per diesen Monat 7 Rt. 22 Sgr. bz., Jan.-Febr. do., Febr.-März do., April-Mai 7 Rt 22½—22 Sgr. bz., Mai-Juni 7 Rt. 22⅔—22½ Sgr. bz., Juni-Juli 7 Rt. 24 Sgr. B. (B. H. Z.)

Breslau, 17. Jan. [**Amtlicher Produkten-Börsenbericht.**] **Kleesaat,** rothe, sehr fest, ordinär 13—15, mittel 15½—16½, fein 17¾—18⅓, hochfein — —, **Kleesaat,** weiße, ruhig, ordin. 14—17, mittel 18—20, fein 21—22 hochfein 22½—23 Thlr. **Roggen** (p. 2000 Pfd.) wenig verändert, pr. Jan. u. Jan.-Febr. 48½ B., Febr.-März 49 B., April-Mai 50¾ B., Mai-Juni 51⅔—52 bz. u. B. — **Weizen** pr. Jan. 71½ B. — **Gerste** pr. Jan. 45½ B. — **Hafer** pr. Jan. 44 B. — **Lupinen** matt, p. 90 Pfd. 47—52 Sgr. — **Raps** pr. Jan. 125 B. — **Rüböl** geschäftslos, loko 14½ B., pr. Jan., Jan.-Febr. u. Febr.-März 14 B., April-Mai 14 G., 14½ B., Mai-Juni 14½ B., Sept.-Okt. 12⅔ B. — **Rapskuchen** pro Ctr. 66—68 Sgr. — **Leinkuchen** pro Ctr. 84—86 Sgr. — **Spiritus** still, loko 14¾ B., $14\frac{5}{12}$ G., pr. Jan. u. Jan.-Febr. $14\frac{11}{12}$ bz., April-Mai pr. 100 Liter à 100% $16\frac{7}{10}$ G. — **Zink** ruhig, aber fest. **Die Börsen-Kommission.**

Telegraphische Nachrichten.

Pest, 17. Januar. In der Reichstagsdelegation, wandte sich bei der Generaldebatte über das Budget des Ministeriums des Aeußern, Beust im Eingange seiner Rede gegen einzelne ihm gemachte Vorwürfe und sagte: Die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland wurden ohne Verletzung unserer Würde erzielt, da die Freundschaft uns angetragen wurde, über unsere Beziehungen zu Preußen beruhige uns auch unsere Annäherung an Italien. Bezüglich der Aufhebung des Konkordats betonte der Reichskanzler, dieselbe habe die katholischen Kreise mit Befriedigung erfüllt, wenn auch diese keinen Ausdruck gefunden. Der Bruch mit Rom sei in Folge der inneren Reform nothwendig gewesen. Beust vertheidigte die Vollständigkeit des Rothbuches. Die Depesche über die galizische Angelegenheit sei abgesendet worden, um Gerüchte über eine Reaktion in Oesterreich zu widerlegen. Der Reichskanzler erklärte, er werde die Verfassung nie verlassen. Der Pessimismus sei von jeher Oesterreichs größter Feind. Das Ausland denke von uns besser als wir, die Segnungen des Friedens werden immer reicher und die Verfassung sei niemals stärker als jetzt.

Vorstehende Depesche wiederholen wir, weil sie nicht in allen Exemplaren der Morgen-Ausgabe Aufnahme gefunden hat.

Neueste Depeschen.

Berlin, 18. Jan. Dem **Abgeordnetenhause** und dem **Herrenhause** geht durch den Grafen Itzenplitz als ältesten Minister eine Proklamation des Königs aus Versailles zu, welche an das deutsche Volk gerichtet also lautet:

„Wir Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen verkünden hiermit: Nachdem die deutschen Fürsten und freien Städte den einmüthigen Ruf an uns gerichtet haben, mit Herstellung des deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorhergesehen sind, bekunden wir hiermit, daß wir es als eine Pflicht gegen das gesammte Vaterland betrachten, diesem Rufe der Verbündeten deutschen Fürsten und freien Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen. Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger in der Krone Preußens fortan den Kaisertitel in allen unsern Beziehungen und Angelegenheiten des deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.

Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands zu stützen und die Kraft des Volkes zu stärken. Wir nehmen sie in der Hoffnung, daß es dem deutschen Volke vergönnt sein werde, den Lohn seiner heißen und opferwilligen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welcher dem Vaterlande, die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherheit gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren werden. Uns aber und Unsern Nachfolgern in der Kaiserkrone wolle Gott verleihen allzeit Mehrer des deutschen Reichs zu sein, nicht in kriegerischen Eroberungen sondern in den Werken des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."

München, 18. Januar. Aus **Versailles** geht die Nachricht ein, daß dort heut einee große militärische Feierlichkeit anläßlich der definitiven Annahme der Kaiserkrone durch den König von Preußen stattfinden solle. Jedes Regiment soll durch Deputation vertreten sein.

Offizielle militärische Nachrichten.

Brevilliers, 17. Januar. In der Nacht zum 17. besetzte General Keller Frahier, überfiel Chenebier, nahm Bagage und machte etwa 7 Offiziere, 400 Mann zu Gefangenen.

Am Morgen gegen 8 Uhr griff der Feind wiederholt, aber vergeblich Chagey und Mittags Bethoncourt heftig an; bei Montbeliard und westlich Luce lebhafte Kanonade.

Um 4 Uhr Nachmittags griff der Feind den General Keller mit bedeutend überlegenen Kräften an, derselbe hielt jedoch die feste Stellung bei Frahier.

Diesseitiger Verlust an den letzten drei Tagen etwa 1200 Mann todt und verwundet. **v. Werder.**

London. Die Konferenz wurde nach Erledigung einleitender Förmlichkeiten bis zum 24. Januar vertagt, um allfallsigen Bevollmächtigten Frankreichs abzuwarten. Die Parlamentseröffnung findet definitiv den 9. Februar statt.

(Bereits als Extrablatt veröffentlicht.)

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.